

Breslauer



Beitung.

No. 251.

Dinstag den 10. September

1850.

** Telegrafische Depesche.

Kassel, 8. Sept. Kriegszustand im ganzen Lande. Pressefreiheit, Vereinsrecht aufgehoben. Drei oberste Finanzkollegien betrachten die Verordnung vom 11ten illegal und werden derselben nicht Folge leisten. Der landständische Ausschuss hat am 7ten die Anklage gegen die Minister beim Staatsprokurator eingereicht. Die Neue heftige Zeitung ist unterdrückt.

Altona, 9. September. Gestern fand ein Gefecht auf der ganzen Linie statt, besonders lebhaft war dasselbe auf dem linken Flügel der holländischen Armee. Anfangs mußte dieser, bestehend aus dem 9. und 11. Bataillon, sowie aus dem 1. Jägerbataillon sich bei Süderstapel zurückziehen, derselbe erhielt jedoch Verstärkung und warf die Dänen bis zur Treene zurück. — Nach Neudenburg sind 55 Gefangene gebracht worden; nach Heide Wagen Verwandte von dem obigen Jägerbataillon. — Das Centrum der Schleswig-Holsteinischen Armee rückte bis Breckendorf und Jagel vor, jedoch hielten die Dänen nicht Stich.

Uebersicht.

Breslau, 9. September. Die andauernde Gegenwart des Prinzen von Preußen in dem Großherzogthum Baden, die sich wohl über den Winter hinaus ausdehnen dürfte, ist darum erforderlich, um den fortwährenden Manövern Oesterreichs an dem badiſchen Hofe hemmend entgegenzutreten. — Wenn auch England und Frankreich keine Gesandten nach Frankfurt schicken, so wird es doch Russland thun. Fürst Schwarzenberg soll bis bei dem russischen Staatskanzler Metternich durchgeſetzt haben. — Von Berlin soll eine Warnung nach Kassel ergangen sein, nicht durch übertriebene Maßregeln die Ruhe Deutschlands zu gefährden. Dort scheint man sich aber daran nicht zu lehren, wie man weiter unten sehen wird. Uebrigens, so heißt es, werde Preußen nicht dulden, daß fremde Truppen (Bavarn oder Oesterreicher) in dem Kurfürstenthum Hessen einrücken, weil dadurch das östliche Preußen von den Rheinprovinzen größtentheils, die preussischen Truppen in Baden aber ganz von Preußen abgeschnitten würden. — Von einer Verhändigung zwischen Oesterreich und Preußen spricht man immer mehr, und zwar solle dieselbe dahin erfolgen, daß die künftige politische Gestaltung Deutschlands eine dualistische sei, d. h. Oesterreich und Preußen werden die Herrschaft über Deutschland unter sich theilen. — Der neue Straf-Gesetz-Entwurf liegt zur Schlussberathung im Staatsministerium vor. — In der letzten Sitzung des Fürsten-Kollegiums (am vorigen Freitage) kam nichts von Bedeutung vor. Mehrere bis jetzt abwesende Mitglieder desselben haben sich wieder eingefunden. — Die preussischen Kammeren werden wahrscheinlich erst Mitte November einberufen werden. — Die C. B. Korrespondenz meldet: daß die Armee auf den Friedensfuß reduziert werden soll.

Der sogenannte „engere Rath“ zu Frankfurt a. M. hat am 5. September seine dritte Sitzung gehalten. Er wird alle Wochen 2 Sitzungen (Montag und Donnerstag) halten. Das ist alles, was man hierüber erfahren hat.

Der dänische Bevollmächtigte bei dem „engeren Rath“ hat die Freizeiten vor Eröffnung des letzteren gut benützt; er ist unterdeß nach Oldenburg gereist, um den Großherzog zur Annahme der dänischen Krone zu bewegen. Die österreichische Partei schmiegelt sich, daß die Mission gelungen sei.

Auf eine Anfrage in der badiſchen zweiten Kammer: wie es mit der Zahlung der Entschädigungsgelder an Schleswig-Holstein steht? antwortete der Minister: daß die Regierung durch anderweitige Abzahlungen (an Preußen) sich leider außer Stand gesetzt sehe, jene Anforderungen zu befriedigen. — Die Karlsruher Stg. veröffentlicht den Wortlaut der zwischen Preußen und Baden abgeschlossenen Uebereinkunft betreffend die Verlegung der badiſchen Truppen. Die preussische Regierung stellt eine Besatzung von 18,000 Mann, die ohne Weitebis bis auf 10,000 Mann verringert werden kann, eine gänzliche Zurückziehung der Truppen soll jedoch nur nach einer vorhergegangenen vierwöchentlichen Ankündigung von beiden Seiten stattfinden. Baden stellt mit Ausnahme der Lohnzahlung die ganze Verpflegung der preussischen Truppen, erhält jedoch für die Rekrutierung, Forragebedarf, Beköstigung und Kranenpflege eine auf die Preise des Mainzer Garnison-Budgets reduzierte Vergütung. Dagegen zahlt es an Preußen als Entschädigung die Summe, die es für sein Kontingent von 10,000 Mann verwenden müßte. Preußen seinerseits gestattet die Verlegung der badiſchen Truppen in sein Gebiet, mit der Bedingung, daß Baden beſagt ist, sie jeden Augenblick zurückziehen zu können. Die badiſche Regierung hat die Verpflegung ihrer Truppen allein zu tragen, dagegen hört nach Uebereinkunft der 10,000 Mann die Zahlung der oben erwähnten Entschädigungssumme an Preußen auf.

Das Vertheil des Staatsgerichtshofes über den württembergischen Minister Bacher-Spittler ist gefällt und wird nächstens publizirt werden.

Die Feuersicherungen in Deutschland auszubreiten. Prinz Adalbert von Bayern hat in Darmstadt bei dem Großherzog Besuch gemacht. Wahrscheinlich hat er angefragt, ob er auch bald badiſcher Truppen bedürfnisse habe? Von da wird er nach Achafsenburg zurückkehren, wo das große badiſche Observationskorps steht.

Die Verordnungen der kurheſſiſchen Regierung, welche die verfassungswidrige Erhebung der Steuern befehlen, werden nun in den Kesseler Blättern veröffentlicht. Gegen die Urheber dieser Verordnung soll eine Anklage auf Verfassungswidrigkeit erhoben werden. Der unaufhebbar ständische Ausschuss hat an das Ministerium geschrieben: es möge jene Verordnung zurücknehmen, sonst werde er mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen einschreiten. Da natürlich das Ministerium dazu keine Lust hat, so erließ der Ausschuss an die drei obersten Finanzbehörden eine Aufforderung: dieser ministeriellen Verordnung keine Folge zu geben. Diese Aufforderung des ständischen Ausschusses scheint auch gewirkt zu haben, denn dem Vernehmen nach, weigern sich die Finanzbehörden, Beauftragungen zur Steuer-Erhebung zu treffen, weil sie verfassungswidrig angeordnet sei. Wenn das so fortgeht, wird Hassenpflug bald keinen Beamten mehr haben, welcher seine Verordnungen ausführt. Hassenpflug läßt sich aber nicht trennen, er hat am 7. Sept. Kassel in Belagerungszustand erklärt, obgleich die Stadt in der größten Ruhe sich befindet. Aber, o Wunder! die Polizeibehörde verweigert die Publikation dieser Verordnung. Dann wird es freilich Zeit, die Bayern oder Oesterreicher ins Land zu rufen!

In Schleswig-Holstein alles noch beim Alten. Am 4. und 5. machte Willisen einen Versuch, die Dänen auf ihrem rechten Flügel zur Schlacht zu locken; allein diese fanden es für gerathener, hinter ihren Verhängerinnen und dem künstlich überhöhten Terrain zu bleiben. Da die Stellung für so geringe Truppenmassen unangreifbar war, mußten die wackeren Schleswig-Holsteiner sich wieder zurückziehen. Dagegen versuchten die Dänen auf ihrem linken Flügel (bei Eckandöde) vorzudringen, wurden aber von den Holsteinern zurückgetrieben. — Der Zug von der aufgerufenen 19-jährigen Mannschaft und von Freiwilligen ist noch immer groß, dennoch sieht das Schleswig-Holsteinische Heer dem dänischen um circa 8 bis 9000 Mann an Stärke nach. — Die Dänen haben in Kiel bekannt machen lassen, daß holsteinische Schiffe unter dänischer Flagge den Hafen verlassen könnten. Wie schlaue die Dänen doch sind! Können sie Holstein nicht mit Waffen erobern, versuchen sie es mit der List.

Der bekannte österreichische General Haynau schwärmt zu London in großer Gefahr. Er besuchte eben eine große Brauerei, als die dortigen Arbeiter erfahren, wer der Gast sei. Sofort stürzten sie über den General her, und mißhandelten ihn furchtbar, so daß er schleunigst sich in eine nahe Schänke flüchtete. Auch dahin verfolgte ihn der aufgeregte Volkshaufe, und schließlich wäre er nicht mit dem Leben davon gekommen, wenn man ihn in seinem Versteck (dem Schloßgarnach der Wietſin) aufgefunden hätte. Die Polizei nahm sich endlich des „Siegere der Ungarn“ an und brachte ihn in Sicherheit. Wahrscheinlich wird Haynau wohl bald London verlassen. — Der Präsident der französischen Republik ist in Gherbourg angelangt. Auf der Reise dahin, in Caen, gab er deutlich zu verstehen, daß man die Dauer seiner Präsidentschaft verlängern möge. In Gherbourg brachſichtigt er besonders, so heißt es, England für seine Pläne zu gewinnen, die dahin gehen, daß ihm die Präsidentschaft auf 10 Jahre verlängert wird. — Die konservativen Parteien sind noch gespalten.

Breslau, 9. September.

Freilich gehört ein hoher Grad von Selbstüberwindung dazu, um auf den nicht enden wollenden Schwall von Noten, Depeschen, Protesten, Denkschriften und Protokollen, womit die deutschen Regierungen gegenwärtig die „längst empfundenen Bedürfnisse der Nation“ befriedigen, hin und wieder einen prüfenden Blick zu werfen.

Wollen wir aber nicht mit verbundenen Augen die Wasser der reaktionären Sündfluth über uns zusammenschlagen lassen, wollen wir wenigstens das Bewußtsein des Weges, auf dem man uns dem Verderben zuführt, für die künftige Erinnerung wach erhalten, so dürfen wir doch nicht jene papirernen Anzeichen unbeachtet lassen, welche die Annäherung von Stürmen und Gewittern am politischen Himmel voraus zu verkündigen pflegen. Sind wir nicht im Stande, dem Laufe der Dinge eine Wendung zum Besseren zu geben, so können wir doch aus den halb enthüllten Gedanken der bestimmenden Mächte heilsame Lehren für die Zukunft und Fassung für kommende Ereignisse schöpfen. Wie haben zwar oft genug jene endlose Notenschieberei unserer Regierung beklagt und den Uebergang zu einer thätigeren Politik dringend befürwortet. Aber wir wissen auch zwischen dem Mehr oder Minder des Klägliches zu unterscheiden und ehrlichen aber Schwachen Männern in schlechter Gesellschaft einen hohen Grad relativer Schätzung zu bewahren.

So oft wir unsere Regierung allein dem preussischen Volke und Staate, seiner Kraft, seiner Stellung und seiner Aufgabe gegenüber ins Auge faßten, mußten wir beklagen und tadeln, weil uns die Seringsfügigkeit der Leistung mit der Größe der Aufgabe wie der Mittel in einem zu argen Mißverhältnisse zu stehen schien.

Betrachten wir sie aber in ihrer Gegenüberstellung zu jener Klasse von Menschen, welche sich seit einem Jahre an den deutschen und ausländischen Höfen umhertreiben, und in Frankfurt zu einem rechtsbrüchigen Klub zur gemeinsamen Entwürdigung und Unterdrückung Deutschlands zusammengethan haben, so anerkennen wir mit aufrichtiger Befriedigung, daß in solcher Gesellschaft die preussische Regierung noch doch und rein genug dastehet, um die Blicke der Nation über jene vaterlandvergeſtete Bundesversammlung weg auf sich zu lenken und ihr — sobald sie nur erst will — in ruhiger Erwartung die Hand zum Bunde für das Recht und die Ehre Deutschlands bieten zu dürfen.

Wenn die Thaten deutscher Regierungen fast nur in Verfassungsbüchlein in den eigenen Staaten und der Preisgabe des Gesamtwaterlands oder in Vorbereitungen zu ähnlichen Akten dynastischer Regierungskunst bestehen, so erhält damit das passive Zurückweichen unserer Regierung einen Hintergrund, welcher dasselbe in einem fast strahlenden Lichte erscheinen läßt.

Wenn die Protokolle des Frankfurter Diplomatens-Klubs an heilloser Rechtsverderberei, an Heuchelei und dreifeln Lügnern von Thatsachen, die in aller Erinnerung unaussprechlich eingegraben sind, Alles überfliegen, was man jemals deutscher Gutmüthigkeit und Leichtgläubigkeit gelehrt hat, so gewährt die Sprache der allbekanntesten Wahrheit und des gesunden Menschenverstandes in den neuesten Noten und Denkschriften der preussischen Regierung auf den Ekel jener widerwärtigen Lektüre eine erquickende Erfrischung.

Wenn Menschen, die sich als Vertreter deutscher Staaten gelten, mit dem Gesandten des Bundesfeindes in schimpflicher Verträulichkeit sich abgeben und den Augenblick kaum zu erwachen vermögen, wo sie dem deutigeren ein deutsches Bundesland mit deutschem Blute erobert für den Judaschohn einer „Bundesstagsstimme“ werden zuführen können, so darf man von der preussischen Regierung im vollen Worte sagen: daß sie durch ihre Abwesenheit von jener Gesellschaft glänzt.

Gegenüber dem offenen Bunde der „deutschen“ Großmächte Oesterreich mit dem Feinde Deutschlands zur Verabredung desselben gegenüber dem interventionsdringenden Drängen der „großdeutschen“ Regierungen zu Gunsten des Bundesfeindes und zur Unterdrückung eines Bundeslandes, ist die Antwort unserer Regierung auf die Zumuthung des britischen Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten fast eine That zu nennen.

Römen und dürfen wir also die Politik der Noten und Protokolle nicht ignorieren, so dürfen wir auch mit Recht auf die letzte preussische Note an das österreichische Kabinett, auf die Denkschrift über die Wiederherstellung des Bundesstages und auf die Antwort an Lord Palmerston als Lichtpunkte in den trüben politischen Nebeln der deutschen Gegenwart hinweisen.

Wir glauben aber Ursache zu haben, diesen Manifestationen noch einen andern als jenen bloß relativen Werth beilegen zu dürfen.

Nicht im Geringsten verkennen wir zwar den langen Weg von einer diplomatischen Erklärung bis zur entsprechenden That, nicht vergessen haben wir die geringen Folgen früherer emphatischer Manifeste. Auch übersehen wir nicht, daß in sämtlichen Schiffsstücken kaum ein Gedanke enthalten ist, welcher nicht schon früher zu wiederholten Malen von unserer Regierung ausgesprochen worden wäre.

Aber wie schäßen den Werth der Thaten nach dem Grundsatz, daß mit der Verringerung des Angebotes und der Zunahme des Bedürfnisses die Waaren im Preise steigen. Unter dieser Voraussetzung haben dieselben Erklärungen und Versicherungen, welche wir vor Jahresfrist noch als selbst verstanden ruhig hin nahmen, heute für uns einen doppelten und dreifachen Werth.

Die Zeit der „erzwungenen“ Versicherungen ist jetzt vorüber und die einst hochgehenden Wogen der Revolution haben sich schon lange verlaufen. Darum ist man jetzt mit neuen Versicherungen ebenso faßig als mit der Erfüllung der einst gegebenen schwierig geworden, darum darf heut zu Tage eine konstitutionelle Regierung der Volkvertretung die rohe Phrase ins Gesicht sagen: daß sie nur Geld, kein Vertrauen verlange. Wenn in solcher Zeit eine Regierung aus freien Stücken auf die gegebenen Versicherungen zurückkommt, ja gerade zu erklärt, daß sie dieselben aus längst vorhergesehenem eigner Erkenntnis, nicht aber unter dem Einflusse irgend eines Zwanges gegeben, dann müßte man an Ehrgefühl und Menschenverstand verzweifeln, wollte man eine solche Erklärung als völlig bedeutungslos ansehen.

Es ist wahr, der Widerspruch gegen eine „Reaktivierung“ des Bundesstages, die Verurtheilung jener verwitterten Institution ist von Preußen so oft ausgesprochen, die Unmöglichkeit des Wideraufstehens jenes deutschen „Zwing-Urt“ von der Nation so tief gefühlt worden, daß man fast lächerlich erscheinen könnte, wenn man die neueste Wiederholung einer so oft gehörten Versicherung als eine Thatfache von einiger Bedeutung hinzustellen versucht. Und doch ist es es.

Man wird auf ihre Bedeutung geführt, wenn man sich die finsternen Gerüchte vergegenwärtigt, welche in der jüngsten Zeit wie trübende Nebel die Hotels unserer Staatsmänner umschwärmten, Gerüchte, welche jeden festen Haltpunkt zu untergraben, jede Hoffnung auf das, was Preußens Ehre und Recht gebieten, zu erschüttern, jeden Zweifel und jede Befürchtung zu rechtfertigen und den Blick in das Kommende völlig zu verwirren drohten. Mag es dahin gestellt bleiben, wieviel an jenen Gerüchten Wahres, an jenen Befürchtungen Gerechtigkeit war, immer bleiben jene neuesten Manifestationen als Dokumente eines vorläufigen Abschlusses der Kämpfe und Schwankungen in den maßgebenden Regionen stehen, immer behalten sie ihre Bedeutung als Resultate einer Einigung über gewisse Grenzmarken der rückweichenden Politik, wo ein „bis hierher und nicht weiter“ mit unauslöschlichen Lettern eingegraben steht.

Nach diesen Noten und Denkschriften kann diese preussische Regierung ohne moralische Selbstverneinung nie und unter keinen Umständen in die Herstellung des Bundesstages oder einer demselben ähnlichen Institution willigen. Durch die einfache Hinweisung auf die Willensmeinung der Regierungen, welche seiner Zeit die Aufhebung des Bundesstages genehmigten, hat sie den Kern der Rechtsfrage getroffen, und sich jede sophistische Ausflucht abgeschnitten. Durch den schlagenden Nachweis der Zweideutigkeit und Schädlichkeit der alten Bundesverfassung hat sie sich jeder dreistigen Verurteilung auf politische Nothwendigkeiten begeben und nur mit der nackten Schamlosigkeit eines Hassempfangs — wie denken nicht daran, durch einen Vergleich mit solchem Menschen unsere politischen Gegner zu besudeln — könnte sie und kann sie folglich nicht einen Rückweg nach der Bundes-Zwangsanstalt finden.

Wir nehmen den Stempel an, zu welchem die Regierung in ihren neuesten Noten sich bekannt hat, wir nehmen ihn an in dem vollen Bewußtsein, wie viel davon bereits ausgegeben, wie bescheiden die Position an sich ist, aber wie erste Aufforderungen auch diese bescheidene Position noch an die Regierung stellen wird.

Wir bescheiden uns mit dem Maße von Kraft, welches in diesen Noten in Aussicht gestellt wird und werden die Regierung bei der Verwendung desselben rechtlich unterstützen. Aber wir werden auch auf die Konsequenzen halten und die Regierung bei jedem Schwanken daran erinnern.

Die erste Veranlassung dazu wird uns bald werden. Wenn in angemessener Bundesautorität eine Armee in Kurheffen einrückt, um die beschworene Verfassung des Landes zu führen, wenn ein „Bundesheer“ den deutschen Herzogthümern Knöchelhaft und Fremdbesatzung bringen wird, dann werden wir mit der Demuth über den Bundesstg. mit dem Proteste gegen das Londoner Protokoll und der Antwort auf die Palmerston'sche Depesche an die Regierung hervortreten und nicht mehr und nicht weniger verlangen, als was die einfachste Konsequenz erheischt, wenn Worte nicht eitel Rauch und Dunst sein sollen.

Preußen.

Breslau, 8. September. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Arzte des Friedrich-Wilhelms-Spitals zu Lepzig, so wie des preussischen Militär-Hospitals daselbst, Dr. Willigt, und dem Kommerzienrath Schmidborn zu Frankfurt a. M., den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Major Eten von 1. Artillerie-Regiment, dem Secondelieutenant v. Eckartsberg des Garde-Jäger-Bataillons und dem Chemiker und Seidenfäber Gustav Hackländer aus Westphalen, so wie dem Kanonier Kurt von 6. Artillerie-Regiment, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den früheren Land- und Stadtgerichtsdirektor Reimann zu Wollstein zum Direktor des Kreisgerichts zu Posen zu ernennen.

Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg, ist von Heringsdorf kommend, nach Altenburg hier durchgereist. Angekommen: Der General-Intendant der königl. Schaupiele, v. Küstner, von Breslau. — Abgereist: der General-Major und Inspektor der 2. Ingenieur-Inspektion, Rom, nach Siedin.

*** Berlin, 8. Septbr. [Die Ausichten auf den Dualismus in Deutschland.] Wenn Russland gegenwärtig

dem Dualismus in der deutschen Centralgewalt und der Nachgiebigkeit gegen Preußen durch den Mund seines Staatskanzlers das Wort redet, so wird es dabei nur von der Absicht geleitet, durch Theilung der Arbeit den Kampf gegen die Revolution in Deutschland zu erleichtern und zu vereinfachen, einen Kampf, den mit Beharrlichkeit durchzuführen die Kabinette in Wien und Berlin gleich fest entschlossen sind. Aber es zeigt sich schon jetzt, daß dieselbe Tendenz von den beiden Großmächten in durchaus verschiedenem Sinne aufgefaßt und daß dieser Unterschied ein gewaltiger Scheidungsgrund für die beiden Gruppen sein wird, die sich um Preußen und Oesterreich bilden. Oesterreich ist außer Stande, seinen Vätern ein Parlament zu gewähren oder mit den deutschen Allirten seines engeren Rathes eine gemeinsame Vertretung zu theilen. Preußen dagegen ist zu Kammer und Parlament gezwungen, wenn es sich selbst erhalten und der Union eine Zukunft retten will. Unsere innere Geschichte kann für die nächste Zeit keinen anderen Inhalt haben, als den Kampf der unumschränkten Regierung mit der parlamentarischen, zwischen welchen Formen die mittleren und kleinen Staaten sich für immer entscheiden müssen. Der Ausgang dieses Kampfes kann nicht zweifelhaft sein; daher die Angst der kleinen Königreiche, sich durch die Allianz mit Oesterreich dem Absolutismus verschreiben und mit der Stimmung ihrer Völker in den schneidendsten Widerspruch gesetzt zu haben, der nur durch Anschluß an das verhaßte Preußen zu lösen ist, daher die Eile Kurheffens von der Union abzufallen, weil es für seinen Verfassungsbruch Sekundanten brauchte und alte Wahlverwandtschaft immer ihre Kraft bewährt. Einige Zeit zwar wird es kosten, bis die Scheidungen vollendet, die Bittungen abgelehnt sind; die düpierten Königreiche werden sich sträuben gegen die Centralgewalt, an der sie keinen Antheil haben und vielleicht einen europäischen Kongress zu Hilfe rufen, damit das Ausland, dem sie ihre Kronen danken, sie ihnen auch erhalte. Aber das Ende der Bewegung kann immer nur zu Gunsten der mächtigeren Anziehungskraft und der Sache ausfallen, deren Dienst Preußen sich nicht entziehen kann trotz alledem, was es bezangen oder unterlassen hat. Kaiser Joseph konnte zu Friedrich dem Großen sagen: „Sire, je prends le Sud, prenez le Nord de l'Allemagne, alors nous sommes maîtres du monde.“ Heute zu Tage läßt sich kein Theil von Deutschland „nehmen“, sondern nur durch die Macht parlamentarischer Einrichtungen und die augenscheinlichen Wohlthaten der Vereinigung gewinnen; Süddeutschland hat es uns ja selber oft genug gesagt, daß es nicht Lust habe „österreichisch zu werden.“

Breslau, 8. September. [Die dualistische Phase in der deutschen Angelegenheit.] In den verschiedensten Variationen läuft seit einigen Tagen die Nachricht durch die öffentlichen Blätter, daß Oesterreich, seine gegenwärtige Position aufgebend, auf sogenannte freie Beratungen eingehen werde. Ich habe nach meiner ganzen Anschauung der Sachlage und auf Grund der verschiedensten Erkundigungen alle Ursache davor zu warnen, daß man dieser Nachricht Glauben schenke. Um bei dem einmal als terminus technicus gewählten Worte zu bleiben, glaube auch ich, daß zwischen den beiden deutschen Großmächten allerdings freie Beratungen stattfinden, indem nämlich die Veruche, eine Ausgleichung zwischen diesen beiden Staaten als solchen und ohne Beziehung der auf beiden Seiten mittelverbindenden Regierungen zu Stande zu bringen, mit Aussicht auf Erfolg allem Anscheine nach fortgesetzt werden. Die Beratungen über die Modalitäten, unter denen die gemischte Kommission für die Verwaltung des Bundes-Eigentums einzusetzen sei, bietet hierzu die nächste Veranlassung, und diese Beratungen wird, nicht sowohl durch Noten und Depeschen, als durch vertrauliche Besprechungen, eben so in Wien als in Berlin emsig fortgesetzt. Es wird gut sein, sich bei Zeiten an den Gedanken zu gewöhnen, daß die beiden deutschen Großmächte in Gemeinschaft den Versuch machen, allein und auf eigene Hand die Regelung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen, unbeeit um etwaige Widerprüche der mittleren und kleineren Staaten. Die Zeit dieses Dualismus liegt näher als Mancher vielleicht wähnt. Ob bei dem Kampfe, den diese Durchgangspunkte noch erfordern wird, nicht vielleicht, wie jüngst ein französisches Blatt meinte, statt des Dualismus eine Trias (Preußen, Oesterreich und eine Koalition der übrigen Staaten) hervorgehen wird, wer kann es wissen? Ich möchte nur noch einmal auf den Radomischer neuen Plan, der diesem ganzen jetzigen Streben zum Grunde liegt, hinweisen. Derselbe geht beinahe ausschließlich dahin, innerhalb Deutschland ein doppeltes Gruppensystem herzustellen, wenn man so sagen will, zwei engere Bunde, bei deren einem Preußen nach Maßgabe der gegenwärtigen Unions-Verfassung und bei dem anderen Oesterreich den Mittelpunkt bilden sollte; diese beiden engen Bündnisse sollten dann zusammengehalten werden als ein organisches Ganze durch den sogenannten weiteren Bund nach Maßgabe der bisherigen deutschen Bundesverfassung, es solle endlich, dies ist als Lockpfeil für Oesterreich, einer der vornehmlich zu beachtenden Punkte des von Herrn v. Radomizky entworfene Planes, Oesterreich nicht verwehrt sein, mit seinem außerdeutschen Länderkomplex in eine ihm angemessene scheinende nähere Verbindung mit der von ihm zu bildenden Union zu treten; nur solle sich diese Verbindung eben nur auf diese engere Union beziehen, während in außerdeutschen Landestheile aus- geschlossenen bleiben solle. — Ich habe unter diesen Umständen auch allen Grund der mir werdenden Versicherung Glauben zu schenken, daß auf die letzte entscheidende preussische Note von Wien aus zunächst gar keine Antwort erfolgen werde, da sich aus zunächst gar keine andere Feld hinüber die Verhandlungen eben jetzt auf ein ganz anderes Feld hinüber spielen, und auf der früheren Basis, auf der eine Einigung doch nicht zu erlangen wäre, gar nicht fortgesetzt werden dürfen. — Auch glaube ich nicht, daß man bei dieser Sachlage fehlgreife, wenn man den jüngst berichteten Beschluß des Fürsten-Kollegiums, wonach kein einzelner Staat berechtigt sein sollte, die Union aufzulösen, als einen Akt von Nothwehr betrachtet, die Union aufzulösen, als einen Akt von Nothwehr betrachtet, hervorgegangen durch die Furcht, es möchte vielleicht von Preußen in Folge der Verhandlungen mit Oesterreich irgend eine wesentliche Alteration der rechtlichen Basis oder des faktischen Bestandes der Union erfolgen, ähnlich wie jetzt eben die Königreiche ein ähnliches Mißtrauen gegen Oesterreich in Betreff des Bundesstages und der Bundes-Verfassung durchblicken lassen. Lebensfalls wird die neue dualistische Phase, in welche gegenwärtig allem Anscheine nach

die deutsche Angelegenheit zu ereten im Begriff ist, für die ganze nächste Zeit einen der Mittelpunkte der deutschen Politik bilden, so daß man nicht jetzt genug alle möglichen Eventualitäten scharf ins Auge fassen kann.

SS Berlin, 8. Sept. [Die Katastrophe in Kurhessen] abhört gewissermaßen die ganze Aufmerksamkeit der politischen Welt. Nicht, daß man besonders erstaunt wäre über das Ereignis selbst. Die kurhessische Regierung hat uns seit 30 Jahren und darüber daran gewöhnt, in ihr das Muster einer Regierung zu sehen, wie sie — nicht sein soll. Ohne in die frühere Regentengeschichte des Landes zurückzugehen, erinnern wir uns daran, daß seit Wilhelm I. Regierung, welche die Stände auflöste, weil sie eine detaillierte Finanzrechnung verlangten, keine Legislatur ihr natürliches Ende erreicht, stets kam eine Auflösung der Kammer dazwischen. Den Konflikten lagen entweder Beschwerden der Stände über die schlechte Verwendung der öffentlichen Gelder oder über verfassungswidrige Maßregeln der Regierung zu Grunde. Zu jener Zeit bestand noch der gepriesene Bundesrat, dessen Wiederherstellung Fürst Schwarzenberg uns als Universalmittel anempfiehlt. Sollen wir daran erinnern, was damals das öffentliche Recht des deutschen Bundes war? Es ist bekannt genug, daß in dieser Beziehung die Rechtsverweigerung gegen die „Unterthanen“ an der Tagesordnung war. Der Bundesrat war da niemals kompetent, und man mußte noch sehr froh sein, wenn er sich nur überhaupt nicht einmischte, denn seine Unterfugung wäre nur der Regierung zu gute gekommen. Auf jenes goldene Zeitalter der Willkürherrschaft steuert heute, im Jahre 1850, Herr Haffensprung mit Macht los. Glaube man nur nicht, daß die kurhessische Regierung jenen Bruch herbeigeführt habe, ohne zu wissen, was sie thut. Man wird sich wohl vorher über alle Eventualitäten verständig haben. Und wer möchte wohl daran zweifeln, daß dem „repräsentativen Bundesrat“ dabei eine thätige Rolle zugebracht worden?

Was uns hier nun zunächst beschäftigt, ist die Frage, wie die preussische Regierung dabei den ruhigen Zuschauer abgeben? Wird man dabei stehen bleiben, ein mahndendes Schreiben abzusenden, das voraussichtlich nicht den geringsten Erfolg haben wird? Wird das Ministerium glauben, das Mögliche gethan zu haben, wenn es durch seine Organe erklären läßt, die Regierungen thäten gegenwärtig wohl, wenn sie Eide heilig hielten? Es wird sich dies bald zeigen. Vor wenigen Tagen noch ereiferten sich die Verantwortlichen des Herrn v. Radowitz darüber, daß man aus dem Umstand, daß die Union noch immer nicht ins Leben trete, und daß immer neue Apostaten sich den alten zugesellen, schloß, Preußen habe die Union aufgegeben. Es wurde dem widersprochen, es wurde widerholt versichert, Preußen werde nun und nimmermehr die Union aufgeben. Wie schenken diesen Versicherungen Glauben; man glaubt ja so gern, was man wünscht. Nun woblan, so zeige denn Preußen aller Welt, daß die Union wirklich noch besteht. Kurhessen ist in Folge bündig abgeschlossener Verträge Mitglied der Union und hat laut Artikel II. des Bündnisses vom 26. Mai durch seinen Beitritt Anspruch auf „militärischen Schutz gegen unrechtmäßige Gewalt jeder Art.“ Dieser Artikel ist doch klar, eine falsche Deutung ist unmöglich. Wird Preußen als Unionsvorstand es nun zugeben, daß andere als Unionsstruppen den militärischen Schutz in Kurhessen leisten? Oder wird dieser Schutz nur denen geleistet werden, welche Verfassung und Gesetz so schamlos mit Füßen treten? Es wäre eigenthümlich genug, wenn demselben Herrn v. Haffensprung preussische Truppen zur Verfügung gestellt würden, der nicht die preussische Grenze überschreiten kann, ohne daß der erste preussische Gendarme auf ihn schändete, um ihn der strafenden Justiz, der er sich durch die Flucht entzogen, zu überstellen. Aber wie gesagt, wir wissen diesen Gedanken zurück. Unsere Wangen röthen sich so schon vor Scham dem Ausland gegenüber, das in unsern Zeitungen täglich liest, wie ein deutsches Land von einem der Fälschung überführten Manne regiert wird. Die preussische Regierung wird dem Ministerium Haffensprung keine Unterstützung gewähren, wir sind dessen gewiß. Allein dies genügt noch nicht. In der letzten preussischen Note an das Wiener Kabinet ist die Rückkehr zu dem alten Bundesrat entschieden abgelehnt worden. Nun, wer wird es kühnen, daß der Kreisbescheid dieser Bundesbehörde der gewesen, daß sie nur Rechte der Fürsten, niemals Rechte des Volks anerkennt. Die Unionsbehörde hat nun jetzt Gelegenheit zu zeigen, daß sie sich wesentlich von der alten Bundesversammlung unterscheidet; nehme sie sich des gewaltsam gestörten Rechtszustandes in Kurhessen an, trage sie dafür Sorge, daß die Rechte des kurhessischen Stammes, die Rechte der Union wieder zur Geltung kommen, duße sie nicht, daß die Feinde der Union einen vorgezogenen Posten nach Norddeutschland hinsetzen, einen Keil zwischen das östliche und westliche Gebiet der Union hineintreiben. Auf diese Weise wird die Union die Schwandanten auf ihre Seite ziehen, die Treubrüglichen zur Befinnung führen, den misstrauischen Volkstamm Sympathien abgewinnen. Will die preussische Regierung so handeln, dann zögere sie nicht einen Augenblick, die erste Stunde ist schon längst verfloßen, nur noch eine kurze Spanne Zeit und es ist zu spät. Die Union wird dann nur noch als eine schiedliche Miniaturausgabe des Bundes von 1815 erscheinen.

[Weinische Nachrichten.] Doch der in Aussicht stehenden Rückkehr des hannoverschen Grafen Knipphausen auf seinen bisherigen Posten soll man hier gewillt sein, den preuss. Gesandtschaftsposten in Hannover zur Zeit nicht wieder zu besetzen, vielmehr die Geschäfte in der bisherigen interimistischen Art fortführen zu lassen. — Dem Vernehmen nach hätte der Kaiser von Rußland mehrfach den Wunsch einer Verlängerung der Regierungsgewalt Louis Bonapartes zu erkennen gegeben. — Der hier anwesende regierende Herzog von Altenburg befindet sich jetzt in Sanssouci. — Seit wenigen Tagen ist es erst entschieden, daß der seitigerzeitige russische Gesandte Herr von Meyendorff nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt, sondern ganz aus dem russischen Dienste tritt und sich vorläufig nach Süditalien begibt. Es wird für's erste kein russischer Gesandter hierherkommen, vielmehr Herr von Hübner diese Stelle versehen. — Die Sache Schleswig-Holsteins findet auch in den entferntesten Ländern deutscher Junge Anklang. So waren selbst die Deutschen in Estland bemüht, nach Kräften für die verwundeten Schleswig-Holsteiner beizutragen. Ein Wundarzt Dr. Kallan wurde, mit den nöthigen Geldmitteln versehen, zu dem Entschlusse gebracht, auf den Kampfplatz zu eilen und seine ärztliche Hilfe den Verwundeten zu widmen. Hier in Berlin, wo er mit der Eisenbahn vor etwa acht Tagen eintraf, trat ihm unerwartet ein Hinderniß entgegen. Es scheint, als ob seine Legitimationspapiere nicht ausreichend seien, wenigstens hat die Polizeibehörde ihn einzuweisen, bis die Identität seiner Person festgestellt sein wird, in Observation nehmen lassen. Die von der hiesigen russischen Gesandtschaft zu etwelchen Anstalten wird wohl über seine Entlassung entscheiden. — Eine Anzahl Unteroffiziere des hiesigen Gardeschützen-Regiments sollen ihren Abschied nachgesucht haben, um nach Schleswig zu gehen. — Die schon neulich von uns als bevorstehend angekündigte Entlassung der bisher eingezogenen Reservemannschaften soll jetzt, wie uns versichert wird, definitiv angeordnet sein. Derselbe soll schon mit dem 10. d. M. beginnen, und zwar in der Weise, daß in den entfernteren Provinzen der Anfang gemacht wird.

(C. B.) Der Herzog von Altenburg, welcher mit seiner Familie in diesem Sommer die Hise-Wälder zu Heingendorf in Pommern gabraucht, langte gestern von dort hier an und stattete darauf

der königl. Familie in Sanssouci einen Besuch ab. — Zum Geburtstage des Königs erwartet man viele hohe fürstliche Personen hier und in Potsdam. Es werden zur Aufnahme derselben bereits alle Anstalten getroffen. — Als Beleg zu dem oft behaupteten folgenreichen Einfluß, den die Kreuzzeitung in höheren Kreisen ausübt, wird uns mitgetheilt, daß der Chef der königlichen Seehandlung augenblicklich Anstand nehme, einen Mann jüdischer Konfession, dessen Gesinnung so loyal ist, daß er selbst von einem patriotischen Verein zu einem königlichen Amte dringend empfohlen wurde, die nachgesuchte Anstellung zu ertheilen, aus Besorgniß, daß die Kreuzzeitung daraus Grund zu neuem Angriffe finde. Bekanntlich hat dieselbe vor einiger Zeit einige heftige Artikel gegen die oberste Verwaltung wegen der ihr imputirten parteiischen Vorliebe zum jüdischen Volke gerichtet. Es schweben übrigens dieserhalb gerichtliche Klagen gegen die Kreuzzeitung, auf deren Erfolg man sehr gespannt ist. — Von gestern bis heute sind 30 neue Erkrankungen an der Cholera gemeldet, worunter 14 Todesfälle. (A. Z. C.)

Deutschland.

Frankfurt, 6. Septbr. [Die neutrale Kommission.] Der Antrag auf Niederlegung einer neutralen Kommission zur Verwaltung des Bundes-Eigentums, welchen Oesterreich im engeren Rathe gestellt, könnte leicht erhebliche Folgen haben und in der einen oder der anderen Weise eine Entscheidung herbeiführen. Die Sachen stehen einfach so: Wird die neutrale Kommission acceptirt, so erklärt der engere Rath damit selbst, daß er nicht die vollberechtigte Behörde ist, als welche er sich hingestellt hat; wird sie nicht acceptirt, so sügt sich entweder Oesterreich dem Beschlusse, dann ist der Bruch mit Preußen, oder es sügt sich ihm nicht, dann ist der Bruch mit den eigenen Verbündeten da. Bis jetzt hat übrigens der engere Rath, offenbar absichtlich, es vermieden, die noch bestehende Central-Kommission von seiner Konstituierung in Kenntniß zu setzen; es ist in dieser Beziehung also noch res integra vorhanden. (D. 3.)

Karlsruhe, 6. Septbr. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] erhob der Abgeordnete Weller die Anfrage, was die Regierung in Bezug auf die von der schleswig-holsteinischen Statthalterchaft verlangte Bezahlung der Verpflegungsgelder für die Reichstruppen beschloßen habe. Der Staatsrath v. Stengel gab hierauf die Erklärung, daß diese Sache im Staatsministerium einer eifrigen Erwägung unterzogen worden sei, und daß die Regierung in Anbetracht der traurigen Finanzverhältnisse, in welchen sich Baden dormalen befinde, zu ihrem größten Bedauern das Ansuchen der Statthalterchaft habe ablehnend beantwortet müssen.

[Ueber Einkünfte zwischen der großherzoglich badischen und der königl. preussischen Regierung] wegen Stellung und Verpflegung der kgl. preuss. Truppen im Großherzogthum Baden vom 1. October 1849 an, und wegen Verlegung der großherzoglich badischen Truppen in preussische Garnisonen, abgeschlossen durch beiderseitige Kommissarien zu Berlin am 25. Mai 1850.

Art. I. Auf Ansuchen der groß. badischen Regierung giebt die kgl. preussische Regierung von ihren Truppen eine Bezahlung von circa 18,000 Mann für das Großherzogthum Baden ab und behält sich vor, dieselbe jederzeit zu vermindern oder ganz zurückzuziehen. Eine Verminderung bis auf 10,000 Mann kann ohne Weiteres, eine gänzliche Zurückziehung der Truppen aber nur nach vorheriger vierwöchentlicher Ankündigung erfolgen. Die Zurückziehung dieser Truppen wird auch auf Verlangen der groß. badischen Regierung ebenfalls nach vorheriger vierwöchentlicher Ankündigung stattfinden.

Art. II. Die groß. badische Regierung stellt für diese kgl. preuss. Truppen a. unentgeltlich: die Quartiere, Handverköstlichkeiten, Gravier- und Reitplätze und Arrestplätze; b. gegen Vergütung: 1) Quartier und Stallungen bei Privaten oder in Kasernen mit Bett, Weißzeug, Möbeln, Holz und Licht, und zwar gegen Vergütung des nach preuss. Reglement für Offiziere, Kriegesbeamte, Mannschaft und Pferde festgesetzten Personal- und Stallverköstlichen, ausdieslich des östlichen Zuschlusses. 2) Für die Mannschaft vom Feldwebel abwärts täglich zwei Pfund Brot pro Mann. Preussischer Reis wird dafür nach dem vierwöchentlichen Durchschnittssatze der bei der preussischen Garnisonkaserne in Mainz erwahrenden Selbstkosten vergütet. 3) Die Beköstigung der einquartierten Mannschaften mit Zuschuß des Brotes gegen eine Vergütung von 2 Sgr. 6 Pf. pro Mann und Tag. 4) Den Fortschaffungs- und Verpflegungs- und die durchschnittpreise, welcher preussischer Reis unter Zurückhaltung der laufenden Preise im Inlande normirt werden. 5) Die Lagerungs-Verpflegung erkrankter Mannschaften mit Speisung, Heizung, Beleuchtung, Wäschereinigung und Arzneiverpflegung. Preussischer Reis wird diese Vergütung nach dem vierwöchentlichen Durchschnitts-Satze der Garnisonen-Lagerungs- und in Mainz auf die wirkliche Krankensätze vergütet. 6) Zehrer andere, vorstehend nicht genannte Aufwand für die kgl. preuss. Besatzungstruppen wird direct aus der k. preuss. Fiskus-Kasse bestreiten.

Art. III. Die königl. preussische Regierung erhält für diese Ausfälle von der großherzoglich badischen Regierung eine Entschädigung, welche in der Kostenliste besteht, die badischerseits für das nach der bisherigen Bundesverfassung aufzustellende 1 pSt. Kontingent von 7751 Mann Infanterie, 4229 Mann Kavallerie, 720 Mann Artillerie, 100 Mann Pioniere, zusammen 10,000 Mann, und für die präcise zu haltenden Reitz- und Zugpferde aufzustellen werden müßte. Zu diesem Zwecke sind zu rechnen: die regulirten Offiziere, und in Abzug zu bringen: die Städte und Armeebesitzer. Eben so kommen in Abzug die vor der dormaligen Garnisonation des großherzoglichen Armeekorps schon vorhandenen eine Schwabener großherzoglich badischer Reiterei und das eine Bataillon großherzoglich badischer Infanterie. (Weide nach dem wirklichen Einkommen an Offizieren, Mannschaften und Pferden.) Dieser Entschädigungs-Berechnung werden für den ganzen laufenden ordentlichen Aufwand der preussischen Friedens-Statistage zum Grunde gelegt, mit Ausnahme der Brod- und Fournage-Verpflegung, welche nach den unter II. 2 und 4 festgestellten Normen und der Lagerungs-Verpflegung, welche nach Verhältnis der unter II. 5 angegebenen Norm berechnet wird. Statt der nach dem preussischen Reglement je nach den Situationen wechselnden Verpflegungszuschüsse für die Mannschaften wird ein feststehender Zuschuß von 1 Sgr. 3 Pf. pro Mann in Rechnung genommen. Für die Offiziere werden die tarifmäßigen badischen Wagen in Anschlag gebracht.

Art. IV. Im Fall einer Verwendung der in Baden stehenden königl. preussischen Truppen für Bundeszwecke werden alle Leistungen für diese Truppen nach Art. II., sondern nach den Bundesnormen vergütet. Die nach Art. III. von Seiten Badens an Preußen zu entrichtende Entschädigung vermindert sich in dem oben bezeichneten Falle bis zu dem Grade, daß Preußen für keinen Theil seiner in Baden stehenden Truppen eine doppelte Entschädigung (nämlich aus Bundesmitteln und von Baden) erhalten kann.

Art. V. Da die großherzoglich badische Regierung keine Unteroffiziers-Körpers besitzt, um ihr Armeekorps neben den königl. preussischen Besatzungstruppen in ihrem eigenen Lande vollständig aufzustellen, so gestattet die königl. preussische Regierung, daß das badische Armeekorps ganz oder theilweise in preussischen Garnisonen untergebracht und dort zum Dienste verwendet wird. Der großherzoglich badischen Regierung steht es jederzeit frei, ihre in preussischen Garnisonen lebenden Truppen ganz oder theilweise zurückzuziehen, damit eine gleiche Anzahl königl. preussischer Besatzungstruppen in Baden abzulösen und die zurückgezogenen Truppen eben so, als ob sie sich in Preußen wären (conf. den folgenden Art. VII.), bei Berechnung der nach Art. III. zu leistenden Entschädigung in Abzug zu bringen.

Art. VI. Die großherzoglich badische Regierung hat ihre in preussischen Garnisonen stehenden Truppen auf eigene Rechnung zu verpflegen. Sie behält für ihre Unteroffiziere den nach königl. preussischem Reglement festgesetzten ordentlichen Personal- und Stallverköstlichen und vergütet für die Lagerungsverpflegung der kranken Mannschaften die unter Art. II. 5 gegenwärtig übereinstimmend bestimmten Sätze. Sie erhält aber alle Garnisonen-Einrichtungen, welche sie nach Art. II. a in ihrem eigenen Lande den königl. preussischen Truppen zur Verfügung stellt, auch für ihre Truppen in preussischen Garnisonen unentgeltlich.

Art. VII. Die Wiederherstellung des großherzoglich badischen Armeekorps erfolgt in dem in Art. III. angegebenen Verhältnisse der verschiedenen Aufstellungen und in der Gesamtstärke von 10,000 Mann nach einander in zwei Abtheilungen von je etwa 5000 Mann. Die erste dieser Abtheilungen marschirt, sobald sie marschfertig ist, in die preussischen Garnisonen für dieselbe bestimmten Garnisonen. Von dem Tage ihrer Ankunft abwärts vermindert sich die Entschädigungs-Berechnung des Art. III. zum Grunde liegende Kontingentzahl um die Zahl der in jene Garnisonen einmarschirten großherzoglich badischen Truppen. Von dem Tage an, wo die zweite Hauptabtheilung der neu aufgestellten Truppen in etwa gleicher Stärke in den für sie bestimmten preussischen Garnisonen eintrifft, hört die vorerwähnte Zahlung einer Entschädigung von Baden an Preußen auf.

Art. VIII. Das vorstehende Übereinkommen unterliegt der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen, welche so wie die Austauschung der Ratifikationen innerhalb der nächsten vier Wochen von heute an erfolgen

wird. Die Gültigkeit desselben beginnt in Betreff der Art. I., II. u. III. mit dem 1. October 1849, und es sind hiernach für die Vergangenen unzulässig, und hiernächst für die weitere Dauer des Übereinkommens die gegenseitigen Abrechnungen zu pflegen. (Karlsruh. Z.)

Stuttgart, 5. Septbr. [Das Urtheil ist gefällt.] Dem Vernehmen nach hat der Staatsgerichtshof in einer gestern gehaltenen Sitzung das Urtheil in der Anklagesache gegen den Freih. v. Wächter-Spitler gefällt und wird dasselbe künftigen Montag in öffentlicher Sitzung verkündet werden. (S. M.)

Kassel, 5. Septbr. [Der ständische Ausschuß.] Der ständische Ausschuß hat das Gesammt-Ministerium aufgefordert, das verfassungswidrige Steueransatzverfahren zurückzunehmen, widrigenfalls der Ausschuß mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen aufzutreten werde. Zugleich hat derselbe die oberen Finanzbehörden (Hauptsteuer-Kollegium, Hauptzolldirektion, Generalkassendirektion) aufgefordert, der Verordnung keine Folge zu geben und die Unterbeamten in diesem Sinne zu instruiren, indem gegen Zuwiderhandeln nach § 61 der Verfassung verfahren würde. Endlich hat der Ausschuß eine Proclamation an das Volk erlassen.

Darmstadt, 6. Septbr. [Besuch.] Se. königl. Hoheit der Großherzog empfangen gestern den Besuch des Prinzen Adalbert von Baden königl. Hoheit in Kranichstein, wo eine Jagdpartie veranstaltet war. Von dieser zurückgekehrt, fanden Höchstselben einen neuen Besuch, den Prinzen Friedrich von Hessen-Rumpenheim Hoheit im Jagdschloße. Nach gemeinschaftlicher Tafel begab sich der letztgenannte hohe Gast des Abends wieder nach Rumpenheim. Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert kehren im Laufe des heutigen Tages nach Alsfeld zurück, woselbst am 10. d. M. auch der Besuch Sr. Majestät des Königs Otto von Griechenland erwartet wird, dessen sich weiterhin Darmstadt wohl auch zu erfreuen haben dürfte. (Darmst. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 6. Septbr. Zur gefälligen Beachtung möchten wir folgenden Vorfalle, welcher diesen Morgen passirte, mittheilen. Der Schiffer Uep aus der Probstei, welcher bestimmt war, eine Ladung Korn am Schönberger Strande einzunehmen, um damit nach Lübeck zu gehen, wurde heute Morgen von dem dänischen Kriegsschiffe zurückgewiesen. Man nahm ihm seine holsteinische Flagge mit dem Besche, wenn er wieder käme, würde er aufgebracht werden. — Die dänisch-wohler Fischereiböte sind sämmtlich von den Dänen genommen und nach Eckernförde gebracht. Von Neustadt wird uns unterm 5. Septbr. geschrieben: Heute, halb 3 Uhr Nachmittags, war ein dänischer Parlamentär im Hafen. Dem Vernehmen nach machte er die Mittheilung: daß holsteinische Schiffe frei unter dänischer Flagge aus- und einpaffiren könnten. (Kiel. W.)

Kiel, 7. Septbr. In Folge des bekannten Aufrufs an die wehrfähige Jugend, haben allein aus unserer Stadt etwa 50 junge Leute ihre meistens gute Nahrung gewährenden Beschäftigungen verlassen und sich unter Waffen begeben. Uebrigens aufspornend Patriotismus hört man vom übrigen Lande, namentlich von Altona, von wo sich soeben 200 Personen nach Rendsburg begeben. — Am vergangenen Montage sind 300 Freiwillige, darunter 20 aus den französischen Departements, durch Altona nach Rendsburg gerückt. — Die Dänen versuchen gestern in Freudenthal bei Eckernförde Posto zu fassen, worauf sie von den Unsrigen dadurch verhindert wurden, daß sie eine Schanze niederbrannten.

Altona, 6. Sept. Der Privatverein zur Annahme von Lazareth-Gegenständen veröffentlicht im „Mercur“ nachstehende Dankfagung und Bitte aus Schleswig-Holstein. „Der Privatverein zur Annahme von Lazareth-Gegenständen in Altona (früher im Oberpostamt, jetzt Katharinen-Strasse) erfüllt eine heilige Pflicht, indem derselbe für die ihm bis jetzt aus allen Theilen Deutschlands zugegangenen, unentbehrlichen und werthvollen Gegenstände für unsere Verwundeten und Kranken den innigsten Dank an die edlen Geber ausspricht. Zugleich aber bittet der Privatverein in Altona bringen um fernere gütige Zusendungen, da die Vorräthe zu Ende gehen und damit bei dem wahrhaftig nahe bevorstehenden erneuerten Kampfe, der für Deutschlands Ehre gegen eine große Uebermacht von uns gestämpft wird, der blutende und verflümmelte Krieger die nöthige Pflege und Equipage nicht entbehre! — Deutsche Brüder und Schwelmer! ermüdet nicht, unsere gute Sache, die ja auch die Eure ist, wenigstens auf diese Weise zu unterstützen. Werft einen Blick auf die langen Listen unserer Toten und Verwundeten, bedenkt, daß unsere kleine Arme des Bestandes von 80,000 Mann deutscher Truppen, die im vorigen Jahre von den Regierungen noch nicht einmal als ausreichend befanden, um den Kampf mit Ernst führen zu können, uns zu Hilfe gelangt, jetzt entsetzt und dennoch müthig allein dem Feinde entgegensteht. Eingeharrt auf den Schlachtfeldern, verflümmelt in den Lazarethen liegt unsere hoffnungsvolle Jugend! Der Feind führt in roher Barbarei selbst noch Krieg gegen die Gräber der gefallenen Deutschen, gegen verwesene Weiber und Kinder, was zu verhindern nicht in unsere Macht steht. Allein, die Leiden der Verwundeten und Kranken zu lindern, durch unflüchtige Pflege ihre Heilung zu befördern, damit sie, wie es täglich geschieht, freudig von neuem dem Kampfplatze zueilen können, dies liegt in unserer Hand, und dazu werden Deutschen alle Bewohner — das hoffen wir vertrauensvoll — auch fernere bereitwillig mitwirken! — Besonders ermuntert sind: Gehnen, wolleere Tücher und Jacken, Bettdecken, Leinwand (alt und neu), Garpie, Binden, Schlafsäcke, Morgenmäntel, Stümpfe, Taschentücher, Unterbekleider u. s. w., auch Geldbeiträge sind willkommen. — Altona, den 4. Sept. 1850. Der Privatverein zur Annahme von Lazareth-Gegenständen.“

Musland. * Warschau, 6. Septbr. Die amtliche Zeitung veröffentlicht heute folgendes „Allerhöchstes Reskript an den Generals-Major Krogg, Oberbefehlshaber der königl. dänischen Armee. Indem Wir der musterhaften Tapferkeit und den trefflichen Anordnungen, von denen Sie in der Schlacht bei Jübek am 24. und 25. Juli, wo das unter Ihrem Oberbefehle stehende tapfere dänische Heer, mit Auszeichnung die anerkannten Rechte seines Monarchen, und Unsers allerhöchsten Verbündeten und Freundes vertheidigte, Beweise gegeben, volle Gerechtigkeit zu Theil werden lassen, und Ihnen einen Beweis Unserer besondern Zufriedenheit geben wollen — ernennen Wir Sie allergnädigst zum Ritter des St. Annenordens erster Klasse. Indem Wir Ihnen die Insignien dieses Ordens mit Brillanten übersenden, verbleiben Wir Ihnen mit Unserer kaiserlichen Gnade geneigt. Auf dem Originale unterzeichnete der Kaiser eigenhändig: Nikolaj. — Peterhof, den 7. (18.) August 1850.“

Oesterreich.

Wien, 8. Sept. Die listige Politik Oesterreichs. — Die Suche unter den Arbeitern am Sommering. Die listige Art, wie die österreichische Politik stets die Lösung großer politischer und nationaler Fragen durch Unterfuchung materieller Interessen zu verfahren und zu besetigen sucht, hat sich bereits bei der deutschen Frage zur Genüge herausgestellt, wo dem Volksbewußtsein eines engen Bundesstaates mit einhelllicher Spitze das merkwürdige Surrogat eines velleitigt erst in später Zeit zu verwirklichenden Zollbundes substituirte wurde und tritt nun neuerdings in der Angelegenheit der Herzogthümer klar hervor. Während Baron v. Koller in London das verhängnißvolle Protokoll der Großmächte unterzeichnet und die deutsche Sache in Schleswig-Holstein unbedenklich dem fremden Egoismus hinopfert, will das Ministerium den schimpflichen Eindruck dieses Schrittes durch eine kräftige Initiative der Symbolfrage zu verwischen suchen. Die Austria donnert gewaltig gegen den Tribut, den die Schiffsahrt dem kleinen Dänenkönig entrichten muß, und giebt vor, daß Fürst Schwarzenberg ganz der Mann sei, um mit Nachdruck gegen eine Forderung des deutschen Verlebes aufzutreten, gegen die bisher die preussische Diplomatie gar Nichts ausgerichtet habe. Ueberhaupt ist der Handelsminister die Re-

ferve der Staatskassier und Herr Höpfen muß jederzeit mit einem handelspolitischen Artikel ins Feld rücken, so oft man auf dem Ballplatz wieder einmal der deutschen Nation ins Gesicht geschlagen hat. — Die Verheerungen, welche die Beschuzer unter den Arbeitern am Sommering fortwährend anrichtet, hat der Baron Brudt bewogen, die Einstellung der Bauarbeiten daseibst anzuordnen und war diese Maßregel von der Nothwendigkeit vorgezeichnet, indem von 10,500 Arbeitern bereits die Hälfte aus Furcht vor der fürchterlichen Krankheit freiwillig die Arbeit verlassen hatte und die Bauunternehmer unter solchen Umständen ihre Verbindlichkeiten gegen den Staat unmöglich erfüllen konnten. Die Suche trat so heftig auf, daß die davon Befallenen schon in ein bis zwei Stunden todt waren; nicht bloß unter den böhmischen und italienischen Arbeitern räumte sie rasch auf, auch der leitende Obergeringieur Sjinglarski, der Bauunternehmer Klein und andere Personen wurden ein Opfer derselben.

Laibach, 3. September. [Die Geistlichkeit. — Einführung der preussischen Episkopel.] — Der Wächter Wally. Die liberale Macht scheint sich überall, wo slavische Elemente eine willkommene Handhabe darbieten, zur vollständigen Herrschaft auszubilden, insofern dort, wo das deutsche Wesen unverwischt waltet, stets ein hartnäckiger Kampf mit den liberalen Kräften sich entpinnet, oder wohl gar das finstere Streben der ultramontanen Partei offenbar zu Schanden wird. Im ehemaligen Königreich Sizilien, besonders aber in dem Kronlande Krain, wo der Slavismus überwiegt, schreitet die durch die verächtliche Emanzipation der katholischen Kirche ersarkte Bischofsgewalt rücksichtslos vorwärts und wagt sogar die einfachsten Paragraphen der Reichsverfassung in Frage zu stellen. Die hiesige nicht unbedeutende protestantische Gemeinde hat auf Privatwegen die zum Bau eines Bethauses erforderliche Summe aufgebracht und hatte bereits die Baustelle käuflich erworben, als der Bischof unter allerlei Vorwänden die Baubewilligung neuerdings zu hintertreiben wußte, so daß bis zur Stunde der Bau des Bethauses nicht beginnen kann. — Die Einführung der preussischen Episkopel ist nun auch in der österreichischen Arme beschloßen worden und hat die Durchführung dieser wichtigen Neuerung bereits begonnen; in den Laboratorien ist man vollauf mit der Erzeugung der betreffenden Munition für die Schützen beschäftigt, denn vorhanden sollen nur die Jäger mit dieser neuen wirksamen Waffe versehen werden. — Der Kapuzinermonch Wally, der bereits vor einem Jahre in Grätz seinen Willen erklärt hatte, zum Protestantismus überzutreten und eine Laufbahn zu verlassen, deren Säkularien den heiligsten Pflichten des Menschen und Bürgers widerstehen, hat nunmehr, trotz aller gegen ihn gerichteten Pfaffenkünfte wiederholt erklärt, aus der katholischen Kirchengemeinschaft treten zu wollen und kann dem ersten Entschlusse des abtrünnigen Monchs kein gültiges Hinderniß entgegenstellen werden. Vergebens hat der Bischof alle Mittel der Ueberredung angewandt und sogar den Arm der weltlichen Gewalt aufgerufen, um den Skandal eines abermaligen Uebertritts eines Monchs zu verhüten, Peter Wally beharrt auf seinem Willen, der eben erst durch die Mißhandlung in Grätz und seine Abschiebung in eine Strafzelle vollends zur Halsstarrigkeit gereift wurde.

Frankreich.

Paris, 5. September. [Die Frage von der Verfassungsrevision. — Faltsch Gerücht. — Die Gesellschaft des Dix Decembre. — Ein geistreiches Wort vom Grafen von Chambord. — Die Besorgniß vor der Zukunft nimmt augenscheinlich zu; ein Jeder sucht und proponirt eine Lösung. „L'Esprit“ fragt heute an, ob es nicht möglich wäre, daß die National-Versammlung dem Lande die Aufhebung jener zwei Verfassungsartikel unterbreite, welche allgemein als die fatalsten angesehen werden, nämlich den Artikel, der jeden Präsidenten und vereinigt er auch das Gernie Napoleon's und den Patriotismus Washington's in sich, für nicht wieder wählbar erklärt, und den zweiten, der eine Majorität von drei Viertel der Stimmen für den Beschluß der Verfassungsrevision verlangt. — „La Presse“ schlägt einen Kompromiß zwischen der Majorität und Minorität vor, indem die eine als Preussengefesselt aufgibt und die andere ihr dafür den Aufruf an das Volk bewilligt.

Diese Frage von der Verfassungsrevision drückt jetzt alle anderen. Es ist nicht ein Journal, das sich nicht damit beschäftigt und jedes schlägt eine andere Lösung der Frage vor. Diese so vielfach besprochene Angelegenheit wird notwendiger Weise von der National-Versammlung gleich nach ihrem Zusammentritt in Betracht gezogen werden müssen. Die Ungebuldigen werden nicht ruhen, es werden Propositionen eingebracht werden, und die Verfassung wird, ob gutwillig oder nicht, an das scheidende Problem gehen müssen. Die Zeit, wo es gelöst werden muß, rückt immer näher, und die „Presse“ selbst erkennt der Legislative schon das Recht zu, eine konstituierende Versammlung im nächsten Jahre einuberufen.

Was wird das Resultat dieses Kampfes über diese Präliminaraufgabe sein? Ist es notwendig, eine konstituierende Versammlung einuberufen, oder nicht? Bei den Beurlaubungen, die innerhalb der Legislatur herrschen, ist es schwer, ja unmöglich, diese Frage zu beantworten. Die Legitimen zählen mindestens zwei scharf geforderte Nuancen: die Hesigen und die Wechselsüchtigen; die Orleansen scheiden sich folgendermaßen: die Einen sind streng orleanistisch — die andern wünschen eine Verschmelzung der beiden bourbonischen Linien, und endlich die Letzten, welche einstweilen den Status quo erhalten wollen; die Sozialisten sind in Exaltation und Gereizt geteilt; die Bonapartisten in Imperialisten und Anhänger einer 10jährigen Präsidenschaft. Wie soll unter diesem wirren Gemisch von Präntationen und Meinungen auch nur eine einfache Majorität über die Revisionsfrage zu erzielen sein!

Das Gerücht, Changanier sei wegen Anordnung des Trauergottesdienstes für Louis Philipp abgesetzt, beunruhigte die heutige Böse. Das Gerücht ist als ein heeres aufzunehmen, doch ist nicht zu verkennen, daß dieses fortgesetzte Mißtrauen zwischen dem Elysee und dem General die ganze politische Situation nur um so spannen wird.

Hute sollte Minister Baroche von der Permanenz-Kommission in Betreff der Gesellschaft des Dix Decembre gehört werden; allein der Minister ist bekanntlich von dem Präsidenten entsetzt worden. Was jene Gesellschaft anbelangt, so scheint es, daß sie jede Manifestation bis zur dritten Reise des Präsidenten verweigert hat; denn es soll und wird auch noch eine dritte geben, und zwar bis Toulouse. Unter den Demokraten ist das Gerücht verbreitet, daß die Männer des Dix Decembre bei ihrer Manifestation die rothe Fahne entfalten wollen, um eine Kollision herbeizuführen, und wie man hört, haben die Sozialisten für diesen Fall beschloßen, über die Dezemberisten herzufallen und die rothe Fahne zu bekämpfen.

Dem Grafen von Chambord wird folgendes geistreiche Wort untergeschoben: „Ich bin nicht für einen Aufruf an das Volk, — soll er gesagt haben — ich bin dafür, daß das Volk mich rufe!“

Paris, 6. September. [Die Rede Bonapartes in Caen. — Bonaparte will das englische Kabinet für seine Pläne gewinnen. — Die Parteien. — Verschiedenes.] Der heute veröffentlichte Bericht über die Reise des Präsidenten ist nicht ohne Interesse, welches sich namentlich an eine von Bonaparte in Caen gehaltene Rede knüpft. In dieser Rede hat der Präsident keinen Anstand genommen, seine Kandidatur für eine Verlängerung der Präsidenschaft aufzustellen. „Wenn das Volk“ sagte er, „dem Chef der Regierung die neue Last auflegen wollte, so würde dieser Chef strafbar sein, wollte

er diese hohe Mission ablehnen." Im Ganzen ging der Sinn der Rede dahin, daß die neue "Kast" nicht das Kaiserreich, sondern eine einfache Verlängerung der Präsidentschaft sein muß. Diese Rede wird nun ohne Zweifel wie die von Lyon und Straßburg wieder zu Commentaren und Polemik Veranlassung geben.

Wie man mir übrigens versichert, soll bei der Reise des Präsidens nach Cherbourg die Absicht zu Grunde liegen, der bonapartistischen Politik bei dem englischen Gouvernement Eingang zu verschaffen. Man soll nämlich zu der Einsicht gekommen sein, daß von dem Petersburger Hofe nicht viel zu hoffen sei, da sich der Czare in Betreff der imperialistischen und anderer Pläne ziemlich gleichgültig zeige, und in Folge dessen die Zere gefaßt haben, die Evolutionen der Flotte in Cherbourg zu benutzen, um der Königin Victoria Aufmerksamkeit zu bezuigen. Das Weitere dieses Planes ist mir noch nicht bekannt, aber es ist alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Bonaparte ernstlich daran denkt, ein entente cordiale mit dem englischen Kabinett zu bewerkstelligen. Gewiß ist, daß Bonaparte an keinen Staatsstreich mehr denkt, sondern sein ganzes Bestreben darauf gerichtet hat, eine Verlängerung der Präsidentschaft auf 10 Jahre zu erlangen. Zehn Jahre, nicht mehr und nicht weniger verlangt das Gesetz. Mit den vier konstitutionell abgelassenen Jahren würde es eine längere Dauer als die des Kaiserreichs sein, und Bonaparte würde länger regieren als Ludwig XVIII. und Karl X. Man glaubt Alles, wenn man Napoleon heißt!

Die konservative Partei beharrt in ihrer Haltung, die Republikaner sind aber nicht minder getheilt, und Alles zeigt an, daß sie es noch mehr werden werden. Der Haß zwischen den verschiedenen socialistischen Fraktionen ist so tief, daß eine Ausgleichung fast nicht möglich ist. Die Anhänger von Cabot, Blanqui, von Raspail verzeihen weder den Männern des "National" noch denen der "Reform". Diejenigen, welche vergebens nach der Gewalt gestrebt, vergeben denen nie, die sie inne gehabt haben. Hierdurch werden nächstens die schändlichsten Kämpfe entstehen.

Der Trauergottesdienst, der "auf Befehl" des Generals Schangarnier für Louis Philipp abgehalten worden ist, macht noch immer von sich reden. Der Präsident soll während gewesen sein als er die Meldung davon erhielt. Daß das Gerücht von der Ablegung des Generals unbegründet gewesen, habe ich bereits gestern gemeldet. Der General hat 48 Stunden vorher dem Gouvernement Anzeige gemacht, daß er für den König, unter dem die Ehre hatte, seine Grade zu erlangen, einen Gottesdienst abhalten lassen wolle. Das Gouvernement hat keinen Einwand erhoben, und es wäre zu sonderbar, wenn es hinterher dagegen aufzutreten wollte. — Der Präsident selber hat übrigens keine Trauer wegen des Todes Louis Philipps angelegt und auch keinen Trauergottesdienst beigegeben.

Die Interpellationen an den Minister des Innern in Betreff der Gesellschaft des Dix Decembre sind nur verlegt, und werden in einer außerordentlichen Sitzung der Permanenz-Kommission stattfinden, sobald Baroche nach Paris zurückgekehrt sein wird.

Die vierzig Generalräthe sollen sich bis jetzt für die Verfassungserklärung ausgesprochen, die meisten jedoch mit Hinzufügung des konstitutionellen Vorbehalts.

Großbritannien.

London, 6. Septbr. [General Haynau in Lebensgefahr.] Die Blätter berichten über einen einigemmaßen unangenehmen Vorfall, welcher gestern dem Feldzeugmeister General von Haynau, der sich seit ein paar Tagen hier aufhält, in Barclay's Brauerei begegnet ist. Die Sache wird ungefähr in folgender Weise erzählt: Kurz vor 12 Uhr erschienen 3 Fremde, deren einer einen sehr langen Schnurrbart trug, in der erwähnten Brauerei, um die Einrichtung derselben in Augenschein zu nehmen. Wie es dort herkömmlich ist, wurden sie ersucht, ihre Namen in das für Besucher ausliegende Buch einzutragen, und gingen, nachdem sie dies gethan, in Begleitung eines Führers durch den Hof weiter. In wenigen Augenblicken war es in der ganzen Brauerei bekannt, daß einer der drei Fremden Niemand anders sei, als General Haynau, der ehemalige österreichische Feldherr im ungarischen Kriege. Der General und seine Gefährten hatten noch nicht das Ende des Hofes erreicht, als sämtliche Brauer, mit Besen und Schmutz bewaffnet, unter dem Rufe: "Nieder mit dem österreichischen Meßger!" auf ihn losstürzten. Der General war sehr bald mit Schmutz bedeckt, und als er sah, daß einige der Leute Miene machten, ihn anzugreifen, flüchtete er auf die Straße und ward alsbald von einem aus Brauern, Kohlenträgern u. s. w. bestehenden Menschen-schwarm verfolgt und mit allen möglichen Waffen, welche der Augenblick seinen Feinden in die Hände gab, bearbeitet. In wahrhaftiger Eile lief der General durch Bankside, bis es ihm endlich gelang, in eine Schänke zu schlüpfen, wo er zum größten Entsetzen der Wirthin in aller Hast die Treppe hinauf und in eines der Schlafkammern stürzte. Der wüthende Haufe eilte ihm nach, indem er die Drohung ausstieß, dem "österreichischen Meßger" den Garauz zu machen. Zum Glück war jedoch das Haus, in welchem sich dieser befand, so altmodisch gebaut und enthielt so viele Thürnen, daß Haynau den Nachforschungen entging, wiewohl seine Verfolger in alle Zimmer, mit einziger Ausnahme desjenigen, in das er seine Zuflucht genommen hatte, eindrangen. Der Haufe war mittlerweile auf mehrere Hunderte angeschwollen, und Mißes Benfield — die Inhaberin des George Public-House — war ebenfomohls für ihr Eigenthum, wie für das Leben ihres Schützlings besorgt. Sie schickte daher nach der nächsten Polizei-Station, und ein Polizei-Inspektor, welcher bald darauf mit seiner Mannschaft herkam, zerstreute, wiewohl mit großer Mühe, den Menschenhaufen und brachte den General unter seinem Schutze aus dem Hause und dann in eine am Thymse-Ufer in der Nähe liegende Polizei-Galear, welche den der Volkswuth Entriffenen unter den Verwünschungen und Flüchen seiner Verfolger nach Somerset House führte. Die Herren Barclay, die Besitzer der großen Brauerei, sind über das Benehmen ihrer Leute sehr ungehalten und werden eine strenge Untersuchung anstellen.

Sprechsaal.

Ein Fingerzeig.

Breslau, 9. September. In immer weiteren Kreisen tritt das Verlangen lebhaft hervor: daß Preußen endlich die Union ins thatkräftige Leben rufen möge. In Berlin und in unserer Provinz sind bereits Stimmen laut geworden, die aus jenem Verlangen hervorgehen. In der letzten Versammlung des hiesigen „Konstitutionellen Wahlvereins“ selbst wurde der Antrag gestellt, einen Provinzial-Kongreß zu berufen, der namentlich in dieser hochwichtigen Angelegenheit seine Stimme erheben sollte. Die gestern hier angelegte Nummer der Berliner „Konstitutionellen Zeitung“ spricht sich auf ganz gleiche Weise für eine dergleichen allgemeine Aussprache aus. Derselben wird nämlich unter andern aus „Erfurt vom 5. September“ folgendes geschrieben:

„Den Gedanken, das ganze Vaterland durch Adressen an den König über die deutsche Frage ein dringliches Wort reden zu lassen, hat man hier lebendiger als vielleicht irgendwo aufgefaßt. Man erwartet eben nur, daß Berlin vorangehe, weil man der Stimme des konservativen Prinzings am meisten vertraut. — Man hatte hier in Erfurt nicht übel Lust, mit der Organisation einer solchen Adress-

Manifestation voranzugehen, weil man aber fürchtete diesen Schritt als einen totalpatriotischen bezeichnen zu sehen, so hat man die Initiative, welche man dringend wünscht, an Berlin oder Breslau überlassen. Sicher aber wird man hier augenblicklich nachfolgen.“

Provinzial-Beitung.

§ Breslau, 9. Septbr. [Rekript.] Den Inhabern der Kleider-Magazine ist heute folgender Bescheid der hiesigen königl. Regierung zugegangen:

„Auf die Beschwerde vom 17. v. M. den Gewerbetrieb der Inhaber von Kleidermagazinen betreffend, gereicht Ihnen zum Bescheide, daß auch solchen Inhabern von Kleidermagazinen, welche den beschränkenden Bestimmungen des § 33 der Verordnung vom 9. Februar unterliegen, mithin denen, welche weder vor dem Erscheinen des Gesetzes die selbstständige Anfertigung bei der Kommunal-Behörde vor-schriftsmäßig angemeldet haben noch selbst Schneider sind, nicht verwehrt werden kann, Bestellungen auf Kleider zu übernehmen und durch Schneidermeister ausführen zu lassen.“

Wir haben, nachdem wir uns zuvor vergewissert haben, daß auch das königl. Ministerium mit dieser Auslegung einverstanden sei, das königl. Polizei-Präsidium heute angewiesen, hiernach sofort die Bekanntmachung vom 10. v. M. abzuändern, wovon wir Sie hierdurch in Kenntniß setzen.

Breslau, den 4. Septbr. 1850.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern. An die Herren Wiener u. Süßkind und B. Speyer und Genossen.“

† Breslau, 9. September. [Feuer.] Gestern Mittag um 12 1/2 Uhr entstand in der auf der Wassergasse Nr. 15 belegenen, der verm. Städtfabrikant Galkow gehörigen, Städt-dörre Feuer, wodurch die zum Dörren der Stärke nöthigen Vorrichtungen im Innern der Städt-dörre, so wie ein bedeutender Vorrath von Stärke vernichtet wurden. Das Feuer wurde gelöscht, ohne daß öffentlicher Feuerlärm entstand. Ueber die Entstehungsort des Feuers ist bis jetzt noch nichts Genaueres ermittelt worden.

Breslau, 9. Sept. [Im Interesse der öffentlichen Sicherheit.] Seit der Einführung der neuen Gerichtsverfassung, namentlich des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Geschworenen, so wie der Umgestaltung der Gerichtsbezirke, haben wir eine Erscheinung, welche vom Standpunkte der öffentlichen Sicherheit aus, die größte Beachtung verdient. Es ist dies nämlich das sich stets wiederholende Ausbrechen gefährlicher Verbrecher aus den Gefängnissen. Fast keine Woche vergeht, wo die Amtsblätter sämtlicher drei schlesischen Regierungen, nicht eine Menge von derartigen Ausbrüchen und Entweichungen aus Gefängnissen mittheilen und die Entwichenen feldtrocken verfolgen. Erst vor einigen Tagen sind nicht weniger als fünf der gefährlichsten Diebe aus dem Kreisgefängnis in Dels ausgebrochen und entsprungen. Die Ursachen dieser Erscheinungen liegen nicht fern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß in früherer Zeit, als noch die Beweistheorie der alten Kriminal-Ordnung galt, und die ordentlichen Strafen kaum denkbar waren, so lange der Inculpate läugnete, die Furcht vor der Strafe eine viel geringere war, als gegenwärtig. Jetzt weiß der Verbrecher, daß er unter keinen Umständen, sofern Beweise nur irgend erheblicher Art gegen ihn vorliegen, er seiner Strafe nicht entgeht und das Schuldbill vom Richterkollegium oder den Geschworenen bestimmt über ihn ausgesprochen wird. Namentlich sind die Strafen in Betreff der Verbrechen gegen das Eigenthum und vorzüglich des Diebstahls nach dem neuen Verfahren ungemein strenge, da der zweite gewaltsame Diebstahl schon mindestens mit 10 Jahren Zuchthausstrafe, der vierte Diebstahl aber mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe belegt wird. Daß gewigte und verwegene Verbrecher daher alle nur mögliche aufwenden, um sich diesen bedeutenden Strafen zu entziehen, daß sie jedes Mittel zur Flucht benutzen, kann sonach nicht verwundern.

Der zweite Grund zu den häufigen Entweichungen liegt aber auch in der Umgestaltung der Gerichtsbezirke. Vor der neuen Einrichtung der Kreisgerichte waren die Inquisitoratsbezirke eingetheilt, welche ein jeder mehrere Kreise umfaßte. Aus den zu einem solchen Inquisitoratsbezirke gehörigen Gerichtsprengeln wurden denn alle gefährlichen Verbrecher an die Inquisitorate zur Führung der Untersuchungen abgegeben und in die Inquisitorats-gefängnisse eingeliefert. Waren auch diese Gefängnisse in vieler Beziehung mangelhaft, da ihre Anlage nach einem mangelhaften Plane und System erfolgt war, so waren doch diese Gefängnisse meist sehr genug, um das Ausbrechen der Gefangenen zu verhindern. Dazu kommt, daß in allen Städten, in denen sich Inquisitorate befanden, fast immer Garnisonen lagen und daher von Seiten des Militärs die Bewachung mit übernommen werden konnte. Bei den Kreisgerichten dagegen ist dies jetzt ganz anders. Die Gefängnisse der jetzigen Kreisgerichte rühren meist aus ders. einer alten Zeit her und sind theilweise von einer so schlechten Beschaffenheit, daß sie eigentlich gegen gewaltsamen Ausbruch, namentlich wenn derselbe, wie oft vorkommt, von außen durch Complicen der Verhafteten unterstützt wird, gar keine Sicherheit gewähren. Sie waren ausschließlich nur für solche Personen bestimmt, die sich leichte Verbrechen zu Schulden kommen ließen, da alle schweren Verbrecher an die Inquisitorate abgeliefert wurden. Natürlich war daher auch die Zahl der Gefangenen eine ben. Natürlich war daher auch der ganze Raum des Gefängnis-weit geringere und danach auch der ganze Raum des Gefängnis-weit geringer. Jetzt ist dies ganz anders. Jedes Kreisgefängnis muß ohne Rücksicht auf seine Einrichtung und seinen Umfang alle diejenigen Verbrecher aufnehmen, gegen welche von dem Kreis-gericht die Untersuchung zu führen ist, da Niemand seinem zukünftigen Richter entzogen werden darf. Ob dies Verbrecher bloß Bettler und obdachlose Herumtreiber, oder ob sie Diebe, Räuber und Mörder sind, ist gleichgültig, und eben so gleichgültig, ob dies Gefängnis nur für die erstere Kategorie eingerichtet ist, oder nicht. Hierdurch wird denn auch ganz unausbleiblich der Uebelstand herbeigeführt, daß oft ganze Banden der allergefährlichsten Räuber und Raubmörder in Kreisgefängnissen untergebracht werden müssen, welche höchstens dazu geeignet sind, Bettler und quartierlose Herumtreiber zu detinieren. Es wird ferner der Uebelstand herbeigeführt, daß diese Gefängnisse meist im höchsten Grade überfüllt sind und oft in einem an und für sich nicht sichern Gefängnisse die doppelte und dreifache Zahl derjenigen Gefangenen untergebracht werden muß, als für welche es eingerichtet ist. Wir kennen viele derartige Gefängnisse, die höchstens für 8 bis 10 leichte Verbrecher bestimmt, mit 50 bis 60 Gefangenen der gefährlichsten Art belegt waren. Die unaussprechlichen Folgen davon sind nicht nur die vielen gewaltsamen Ausbrüche und die Flucht der gefährlichsten Verbrecher, sondern auch eine ganz un-gemeine Erschwerung der Untersuchung, durch Kollusionen und Veruntwählungen der Wahrheit, durch Beförderung gerade die Ueberfüllung der Gefängnisse das sicherste Mittel ist.

Ein anderer Umstand ist aber auch hierbei in Erwägung zu ziehen, und verdient unseres Erachtens die ernste Berücksichtigung. Es ist dies die Art und Weise, in welcher gegenwärtig die Verbrecher gegen das Eigenthum begangen werden. Vor dem Jahre 1848 waren Raub, Straßenraub und gewaltsame nächtliche Einbrüche seltene Erscheinungen. Jetzt ist dies gerade

das Gegentheil. Vorzüglich sind nächtlicher gewaltsamer Einbruch, Raub und Straßenraub, sogar Raubmord, die häufigsten Verbrechen, welche am häufigsten begangen werden, und fast bei allen derartigen Verbrechen, namentlich auch bei nächtlichen Einbrüchen, sind die Verbrecher mit Schuß- und Stichwaffen versehen. Wenn auch am hiesigen Orte derartige Verbrechen nicht vorkommen, oder wenigstens seit längerer Zeit zu den außer-gewöhnlichen Erscheinungen gehören, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß viele hiesige Diebe desto thätiger bei Verbrechen dieser Art, die oft in großer Ferne von hier begangen werden, mitwirken, und das Auffinden von Stich- und Schußwaffen bei solchen Personen läßt keine Bedenken darüber aufkommen, daß sie Mitglieder derjenigen Banden sind, welche das platte Land und die kleinen Städte im hohen Grade gefährden.

Und vorzugsweise sind es Verbrecher gerade dieser Art, welche aus dem Gefängnisse entweichen, und dann in einem noch weit höheren Grade die öffentliche Sicherheit, das Eigenthum und selbst das Leben derer bedrohen, auf welche sie es abgesehen haben. Wir halten es daher wohl mit Recht für einen Gegenstand von der höchsten Wichtigkeit, diesen fortwährend sich wiederholenden Entweichungen und Ausbrüchen aus Gefängnissen endlich ein Ziel zu setzen, und glauben, daß es eine erste Pflicht der Kreis-gerichte ermöglicht werden kann. Möchte diesem dringenden Bedürfnisse im Interesse der öffentlichen Sicherheit recht bald abgeholfen werden!

Breslau, 8. Sept. [In der heutigen Versammlung der hiesigen Fischergesellen] wurde, nachdem Rechnung über eine gesellschaftliche Ausgabe geleget war, zur Verhandlung wegen Mandatsverletzung eines Mitgliedes der Prüfungskommission geschritten. Zunächst las der Vorsteher das Protokoll, welches bei der Wahl dieser Kommission aufgenommen war, woraus erhellt, daß vor der Wahl einstimmig beschlossen worden war, die zu Wählenden dahin zu mandathen: daß Jeder, der bewirbt, er sei Fischler, ohne eine ernste Pflicht der Zufriedenheit für befähigt zu erklären sei. Darauf theilte der Vorsteher weiter mit, daß die zu gleichen Theilen aus Meistern und Gesellen bestehenden Prüfungskommissionen unter Vorsteh des Herrn Stadtrath Froboß kürzlich versammelt waren, um die Prüfungsaufgaben festzustellen. Die Gesellen waren vertreten in der Innungsprüfungskommission durch die Herren Schöber (Gewerberath) und Niesel; in der Kreis-Prüfungskommission durch die Herren Hanke (Gewerberath) und Kuschel. Bei dieser Gelegenheit habe Hanke ganz gegen das aufgestellte Prinzip gehandelt und die Prüfung durchaus erschweren wollen, er habe beispielsweise ein Stück Bauarbeit als gar nicht zulässig und sich überhaupt für viel zu hohe Prüfungsgelöhner erklärt. (An Prüfungsgelöhner sollen entrichtet werden: für eine Meisterprüfung vor der Innungskommission 6 Thlr., vor der Kreis-Prüfungskommission 10 Thlr., für eine Stellenprüfung vor der ersten 2, vor der letzteren 3 Thlr.) Aus der hierauf folgenden Debatte ergab sich nun, daß es die Fischer eben so gut wie alle übrigen Gesellen einsehen, wie das Gewerbegesch nicht vor dem Druck des Kapitals schütze, sondern daß es dazu anderer Mittel bedarf, wie man sich an der Wahl zur Prüfungskommission nur zum Schutze der Gesellen betheiligen habe, indem die Erfahrung gelehrt, daß man in einzelnen Fällen der früheren Prüfungen gerade den tüchtigsten Arbeiter, aus Furcht vor der Konkurrenz, am hinderlichsten gewesen sei; es müsse jede, selbst die geringste Arbeit, anerkannt werden, indem es unzweifelhaft sei, daß sich auch ein Mensch durch geringe Arbeit erheben könne und daß man noch so viel Vertrauen zu den Behörden habe, dieselben werden einem Gesellen, der vielleicht keinen andern Ausweg hat, den selbstständigen Gewerbebetrieb nicht verweigern, man werde einen Menschen sicher lieber arbeiten, als zum Bagabonden werden lassen. Besonders sei die Höhe der Prüfungsgelöhner erhöht. Wegen der Verdrüssigung gegen Niesel (Hanke hatte nämlich gesagt: derselbe entbilde sich ja auch nicht, 1 Thlr. von den jungen Leuten, welche in den Gesellenstand eintreten, anzunehmen) gingen die Erklärungen dahin: Dieselben seien ein Angriff auf das von dem Polizei-Präsidium genehmigte Statut; für das Geld, was die Junggesellen entrichten, seien dieselben von dem Tage des Eintritts an gleichberechtigt an der Kranken- und Sterbekasse; der Thaler, den der Vorsteher erhalte, sei ein Theil seines Gehalts; übrigens sei Hanke der allerentschiedenste Kämpfer für das Gartenbier, gegen welches schon einige Male gekämpft worden sei und doch würden die Kosten bestanden auch nur von dem, was die Junggesellen entrichten (3 Thlr.), gedeckt. Gegen alles Gesagte erhob sich nicht eine Stimme. Hanke selbst war nicht zugegen und hatte gegen mehrere Anwesende geäußert, er sei den Fischergesellen keine Verantwortung schuldig. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, dem vielgenannten Hanke sein Mandat als Prüfungskommissar zu entziehen und den Herrn Stadtrath Froboß davon in Kenntniß zu setzen. Dergleichen wurde demselben das Mandat als Kassendepuirtirte einstimmig entzogen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Zu bemerken ist noch, daß der anwesende Polizei-Kommissarius durch ein Schreiben des Herrn Stadtrath Froboß von einem beabsichtigten Gericht, welches in dieser Versammlung gehalten werden sollte, in Kenntniß gesetzt war. Wenn man nun noch bedenkt, daß Herr Hanke Tages zuvor, wenn auch nur im Scherz, von seiner beabsichtigten Hinrichtung durch Hängen gesprochen hat, so erscheinen die Vorsichtsmaßregeln, wir glauben es waren 5 Beamte anwesend, gerechtfertigt. Der Herr Kommissarius hatte sich aber bald überzeugt, daß er es mit einer gesitteten Versammlung zu thun hatte. (M. D. 3.)

* Dels, 8. September. [Sr. Hoheit der regierende Herzog Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg-Dels] hat heute Morgen unser Fürstenthum wieder verlassen, um sich zunächst auf einige Tage nach Dresden und dann nach Wladimir zu begeben. Im Ganzen schien sich Sr. Hoheit diesmal in Sibylmord sehr gut zu gefallen, obgleich bei den täglich veranstalteten Jagden im Vergleich zu früher sehr wenig geschossen wurde, da in den Jahren 1848 und 49 dir ausgezelebnete Wildstand des Reviers Sibyllenort theils von Wildbienen, theils von den berechtigten Grundbesitzern, theils aus von den herzoglichen Forstbeamten selbst, um erstere die Gelegenheit zu un-recht-mäßigem Erwerb zu entziehen, auf einen geringen gebracht worden ist. Wo früher das Wild zu hunderten täglich erlegt wurde, mußte man sich dieses Jahr mit 10 bis 15 Stück begnügen. Das herzogliche Forstamt ist zwar bemüht, die Gemeindeglieder der nächsten Umgegend des Schlosses zu pachten; es sind indes nicht alle Anstaltbesitzer mit dem angebotenen Jagdpacht-gelde von 1 Sgr. pro Morgen zufrieden. Man sprach in der Umgegend des Herzogs davon, daß in Folge der Militär-Kon-zeiger nach Breslau verlegt, unser 6. Jäger-Bataillon da-gegen nach Braunschweig verlegt würde und daß dann, um Wildfreveln vorzubeugen, ein Kommando von 10 Mann fort-während in Sibyllenort bleiben werde. — Das Schloß Sibyl-lenort war durch Anstellung neuer Gemälde und einer eleganten Bibliothek, sowie theilweise neue und prächtige Möbel und sonstige Verbesserungen wohlthiger und der Park durch Bebesse-terung der Abzwe beschubarer gemacht worden. Neue Verschö-nerungen und Erweiterungen sind angeordnet worden, woraus zu schließen ist, daß Sr. Hoheit für die Folge hier öfter und länger residiren wird. So soll der Park bedeutend vergrößert, neue Treibhäuser und Domestikenwohnungen gebaut, dagegen

die alten, die Aussicht beschränkenden Gebäude vor dem Schloße beseitigt werden. Zur größeren Sicherheit wird der Schloßhof und Park mit einer Mauer umschlossen; doch soll auch ferner dem anständigen Publikum der Besuch des Parks freistehen. — Die Honoratioren des Kreises, sowie die herzoglichen Kammer-Beamten, der Hofprediger, der Kuratus und der Bürgermeister von hier, wurden mehrmals zur herzoglichen Tafel gezogen. Auch Prinz Eroy, der Chef des 4. Infanterie-Regiments, der nächstens das herzogliche Schloß in Dels be-wohnen wird, stattete Sr. Hoheit einen Besuch ab. Am 1. d. M. besuchte der Herzog den Landtag des Kammer-Direktors Herrn v. Kirsch auf Starfenne. Mittwochs brachten die Entes-arbeiter aus Sibyllenort Sr. Hoheit mit Musik und Gesang einen Weizenkranz und vergnügten sich dann auf herzogliche Kos-ten unter den Fenstern des Schlosses. — Die Stadt Dels hatte bei dem 10-tägigen Aufenthalte des Herzogs in unserm Fürstenthum nicht das Vergnügen, Sr. Hoheit in ihren Mau-ern zu sehen.

* Aus dem Delsler Kreise, 6. Septbr. [Kirchen-Einweihung.] Am 1. Septbr. wurde die neuere Kirche zu Wielguth durch den General-Superintendenten Dr. Hahn feierlich eingeweiht. — Ein schönes, herrliches Fest, welches zu Gottes Ehren und zur Herz-Erquickung Aller, die daran Theil nahmen, gefeiert wurde und welches Zeugniß ablegte, daß ein frommer, kirchlicher Sinn im Volke noch nicht erloschen sei!

Die alte, im Jahre 1629 vom Herzog Heinrich Benzel von Münsterberg-Dels-Bernhade erbaute Kirche war so baufällig ge-worden, daß bereits vor 20 Jahren ein Neubau als dringend nothwendig erachtet wurde. Woher aber sollte die kleine, nur aus Freileuten und Häuslern bestehende Gemeinde, die nur 1450 Seelen zählt, die Mittel nehmen zu so kostspieligem Bau, nach-dem seit einer Reihe von Jahren von ihr bedeutende Reparatur- und Neubauten an Kirche, Schule und Pfarrhof ausgeführt worden waren? Da kam die Kirchengemeinde vor 15 Jahren auf den glücklichen Gedanken, durch monatlich aufgesammelte und der k. Regierungs-Instituten-Haupt-Kasse überreichte kleinere Beträge sich einen Baufonds zu schaffen, welcher mit der Zeit bis zu 1361 Thaler heranwuchs. Das Bedürfnis des Kirchenbaues wurde immer dringender, so daß die Ausführung desselben für das Jahr 1848 festgesetzt, aber durch die entstandene politische Umwälzung verzögert wurde und erst den 11. April 1849 der Grundstein zu gegenwärtigem Gotteshaus geleget werden konnte. Mit größter Bereitwilligkeit kam die herzoglich Braunschweig-Dels'sche Patronats-Behörde den Wünschen und Bitten der Ge-meinde für den Neubau dieses Gotteshauses entgegen und die Munifizenz Sr. Hoheit des Herrn Herzog von Braunschweig-Dels bewilligte außer den zwei Dritttheilen der Baukosten, als Patronatsbeitrag, noch 200 Thlr. als ein Gnadengeschenk zum Aufwande. Mit größter Sorgfalt leitete die herzogliche Kammer und die Baukommission den ganzen Bau. Am 29. April 1849 wurde unter erhebender Feier, in Gegenwart der Patronatsbehörde und der Parochianen, ein Gedenkstein an der Altarwand eingemauert, welcher eine gedruckte Chronik vom Jahre 1849 und eine geschriebene Chronik vom Jahre 1749 in sich schließt. Küßlich und bei festiger und gediegener Arbeit der wackern Werkmeister und Bauleute schritt der Bau rasch fort, so daß derselbe im Laufe dieses Sommers vollendet wurde und am 1. Septbr., am 14. Sonntage nach Trinitatis, die feierliche Einweihung stattfinden konnte. Gott der Herr hatte zu diesem schönen Feste einen herrlichen Tag geschenkt. Schon Tags vorher war Alt und Jung bemüht, die Kirche festlich zu schmücken. Unter der umsichtigen Leitung des herzogl. Försters Herrn Dppen-berg war der Platz vor und um die Kirche mit Fichtenbäumen geschmackvoll geziert worden. Von jungfräulichen Händen waren prächtige Kränze und Guirlanden gewunden worden. Altar und Kanzel waren von dem, durch seinen frommen, kirchlichen Sinn rühmlichst bekannten Herrn Amtsrath Andre in Wielguth mit einer prachtvollen violettsammten, mit goldenen Fransen besetzten Bekleidung besetzt und geschmückt worden; kurz Jedermann war bemüht, dem lieben neuen Gotteshaus den Braunschweig anzulegen. Am festlichen Morgen sah man aus allen benach-barten Kirchspielen zahlreiche Schaaren frommer Christen dem Orte der Feier zuwandern. Gegen 9 Uhr versammelten sich die Festgenossen, die Mitglieder der herzogl. Kammer, der Vertreter des im Bade abwesenden Herrn Landraths, Herr Graf v. Pfeil, mehrere benachbarte Geistliche, das Kirchenkollegium, die Distrikts-richte und viele Kirchenfreunde von nah und fern, die Lehrer der Parochie und aus der Nachbarschaft und die Glieder der Ge-meinde, die Jungfrauen alle schön mit Kränzen geschmückt, im Pfarrhause. Sr. Hoheit der Herzog von Braunschweig, als hoher Patron der Kirche, wurde durch den Herrn Kammerath Kleinwächter vertreten.

Nachdem der Herr General-Superintendent Dr. Hahn, welcher schon Tages vorher in Wielguth angelangt war, um 9 Uhr in Begleitung des herzogl. Amtspräsidenten Herrn Amtsrath Andre im Pfarrhause angekommen war und die heiligen Gesänge, die Altar-bibel, mit kurzen Worten vom Ephorus den anwesenden Geist-lichen zum Tragen in das neue Gotteshaus übergeben worden waren, setzte sich der Festzug unter dem Geläute der Glocken und unter Abingung des mit Posaunen begleiteten Liedes: „Meine Seele erhebe dich.“ in Bewegung; voran die Kinder der be-zehnten Schulen mit ihren Lehrern, sodann der herzogl. Baumeister Herr Wolf, welcher den Plan zur Kirche entworfen und mit unermüdlichem Fleiße den Bau beaufsichtigt hatte, auf einem Kissen den Schlüssel der Kirche tragend; ihm folgte der treue Hirte der Gemeinde Wielguth, Pastor Kriebel, welcher mit Rath und That und mit rastlosem Eifer den Bau gefördert hatte. Er trug die Bibel und ward begleitet vom Pastor Lorenz aus Poyntwig, Pastor Scherw aus Weigelndorf, Propst Thielmann aus Dels und Pastor Rauch aus Laskewitz, welche die Vasa sacra trugen. Hierauf folgte der Herr General-Superintendent Dr. Hahn, ge-leitet von dem Herrn Patronats-Bertritter und dem Ephorus. Ihnen folgten die Vertreter des Landrathamts, begleitet von den Mitgliedern der herzogl. Kammer und dem Herrn Amtsrath Andre aus Wielguth, welcher sich durch seine vielen und großen Opfer ein großes Verdienst um die neue Kirche erworben hat. Es folgten das Kirchen- und Schulkollegium, die Distrikts-richte, die übrigen Festgenossen, die ganze Gemeinde. Nachdem sich der Vertreter mit einigen passenden Worten den Kirchen-schlüssel dem Herrn Konsektor, welcher unter feierlichem Gebete die Thüren öffnete. Die hierauf Eintretenden nahmen ihre Plätze am Altare ein, empfingen. Die Festgenossen nahmen voll von dankbaren Chris-ten, welche das Lied anstimmten: „Komm heil'ger Geist.“ Nach-dem der Herr Konsektor: „Ehre sei Gott in der Höhe!“ inton-irt und eine passende Kollekte gesungen hatte, folgte die Weihe. Die Kirche hieß den Namen: „zum göttlichen Erlöser.“ Die Kirche hieß den Namen bezog sich der Herr General-Super-intendent in seiner alle Herzen auf das Tiefste ergreifenden Rede und stellte den Namen: „zum göttlichen Erlöser.“ Diese herrliche Rede legte wieder einmal das Zeugniß ab, wie das vom Herzen kommende Wort den Weg zu den Herzen nie verfehlt. Noch lange werden die gediegenen Worte des theuren Oberhirten der evangelischen Kirche Schlesiens in den Herzen der kirchlich gesinnten braven Gemeinde wiederhallen und als ein auf gutes Land gefallenes Samenkorn reiche Frucht tragen! Der Weiberede folgte das Weisgebet, welches von dem Herrn Kon-sektor, unter Assistenz des Ephorus, des Distriktsgeistlichen und der übrigen Geistlichen, kniend auf den Stufen des Altars gespro-chen wurde. Ein vierstimmiger, gut besetzter und präct unter der

Leitung des tüchtigen Organisten Kleinert ausgeführter Männer-
gesang folgte hierauf. Nach der von dem Superintendenten-
Verweser Pastor Groß aus Postelwitz gehaltenen Liturgie folgte
das Hauptstück: „Sei Lob und Ehr' u.“ und diesem die kernige
und gebiegene Predigt des Parochus, Pastor Kriebel, über
1. Könige 8, 28-30. Das Gebet der Gemeinde am heuti-
gen Kirchweihfest: 1. ein Dankgebet für die Gnade Gottes
bei dem Baue seines Hauses, 2. eine Bitte um fernem Schutz
und Segen, 3. ein Gebälde zur Bewahrung des Glaubens. Ein
acht christlicher Geist durchwehte diese treffliche Predigt, welche
mit Innigkeit und Wärme vorgetragen, alle Anwesenden wahr-
haft erbaute. Nach der Predigt wurde eine kurze Uebersicht über
den Verlauf des ganzen Kirchenbaues vorgelesen. Hierauf folgte
ein von der Familie des Herrn Organisten Kleinert ausgeführter
Chorgesang und ein Männergesang von Köbber. Der Dpfergang
zum Besten der Gemeinde betrug 21 Thlr. Kollekte und Segen
des Herrn General-Superintendenten und das Lied: „Nun
danket Alle Gott“ beschlossen die schöne kirchliche Feier.

Ein solennes Mittagmahl, welches der Amtspächter Herr
Amstschand in seiner Behausung veranstaltet hatte, bei
welchem ernste und heitere, sanfte und innige Gespräche abwechsel-
ten, verjüngte die Festgenossen noch längere Zeit.

Unter den besten Segenswünschen der ganzen Kirchengemeinde
und aller Festtheilnehmer verließ das theure Oberhaupt der ewan-
gelischen Kirche Schlesiens, Herr General-Superintendent Hahn,
welcher durch seine Keuschheit und Liebe auch hier, wie überall,
Aller Herzen gewonnen hatte, die Gegend; ihm folgten die übrigen
Festgenossen, erhoben und gestärkt an Seele und Leib.

Herrlicher Dank allen denen, die sich um den Bau der
Kirche verdient gemacht haben! Gottes reicher Segen sei ihr
Lohn dafür!

* Reiffe, 7. Septbr. [Feuerlärm. — Gerücht von
dem Besuche des Königs bei dem Fürsten von Hohen-
zollern. — Kriegszustand in Ansehung des Man-
overs. — Vermischtes.] Gestern Abend halb 11 Uhr wurde
durch Stürmen vom Rathschurm Feuerlärm gemacht. Man
erfuhr heut, daß das Feuer in Schönhaide, einem Dorfe in glei-
cher Entfernung von Grottkau und von Reiffe gewesen und dem
Gutsbesitzer Ulrich der Hof abgebrannt sei. Ueber die Ursache
des Entstehens dieses Feuers, welches nach seinem sehr hellen
Schein am Himmel zu urtheilen, viel näher an Reiffe erschien,
ist hier noch nichts bekannt geworden. — Im Publikum ist stark
das Gerücht verbreitet, daß der König in diesem Herbst noch
nach Reiffe zum Besuche des Fürsten von Hohenzollern
kommen würde. Ohne der Quelle nachzugehen, welcher
diese Annahme entspringt, gewinnt das Gerücht durch die bevor-
stehende Reise des Königs nach Erdmannsdorf doch einige Be-
deutung. Der Fürst von Hohenzollern werden die Honneurs
der Wachen, welche sie passiert, wie bei den Prinzen des
königlichen Hauses mit Trommelschlag erwiesen. — Seit gestern
ist die Festung, wie es scheint, in Beziehung auf das Divisions-
manöver, in den Kriegszustand erklärt, welcher jedoch keinen Be-
zug auf die Pionniere und die Artillerie-Handwerkskompagnien
hat, um diese bei Ausübung ihres technischen Betriebes nicht zu
stören. — Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß, um in dem
bevorstehenden Winter die Theateraufführungen nicht entbeh-
ren zu dürfen, das bisher zu denselben benutzte baufällige Ge-
bäude nochmals so weit reparirt werden wird, daß es ohne Ge-
fahr besetzt werden kann. — Eine unangenehme Zeit in Anse-
hung der möglichen Störung des Gesundheitszustandes sieht uns
bevor, indem es erforderlich wird, den durch die Stadt geleiteten
Wassersfluß behufs der alljährlich stattfindenden Schlemmung und
der nothwendig erscheinenden Uferbauten auf einige Wochen ab-
zuschlagen. Es ist zu wünschen, daß wie während dieser Zeit
kein zu warmes Wetter haben, damit sich das Fieber nicht bei
uns einstelle. Im Allgemeinen muß übrigens bemerkt werden,
daß zur Befestigung des Fiebers sowohl von den Militärbehörden,
wie von der Stadt sehr viel und mit großem Erfolge in einer
Reihe von Jahren geschehen ist, da die Festungsgräben nicht mehr
angespamt gehalten werden, und die tieferen Parzellen in der
Friedrichsstadt, in denen früher das Wasser stehen blieb, wodurch
das Terrain verpflanzte, durch Ausschüttungen dem Zweck der
Austrocknung entsprechend, bedeutend gehoben worden sind und
durch immerwährende Abfladungen trockenen Schuttes auch immer
noch mehr gehoben werden, so daß im Allgemeinen hier das Fie-
ber nicht in stärkerem Maße herrschend wird, als dies in allen
anderen etwas tief gelegenen Städten der Fall ist. Der Bemü-
hung einer Hebung des tieferen Terrains in einigen Theilen der
Friedrichsstadt wird durch zweckmäßige Wasserabzüge, durch welche
die Regenwasser rascher, als es bisher der Fall war, entfernt
werden und so ein Stagniren derselben verhütet wird, entgegen
gekommen. Die eigentliche Stadt anlangend, so soll es in der
Absicht liegen, durch die Rinnsteine aller Straßen zu jeder Zeit
lebenfähiges Wasser zu leiten, so daß alle sonstigen Flüssigkeiten
rasch abgeführt werden würden, wiewohl man auch jetzt nicht Ur-
sache hat über Mangel an Reinlichkeit zu klagen. Für die reg-
nichte Jahreszeit ist freilich die wegen der Passage nach der
Friedrichsstadt stark frequentirte Berliner Straße eine partie
honteuse und ließe sich vielleicht durch Umpflasterung in der
Nähe des Thores eine bessere Abwasserung derselben erzielen, wor-
über sich freilich vor angeführter Untersuchung kein apodiktisches
Urtheil abgeben läßt. — In Folge der gestern befohlenen Er-
klärung der Garnison in den Kriegszustand wurde heut morgen
ein viertel nach acht Uhr durch die Trommel und das Horn das
Signal das Generalmarfches gegeben. Die Soldaten eilten nach
ihren Quartieren und von da, mit vollständigem Gepäck ausge-
rüstet, nach ihren Alarmplätzen. Leider wurden die Truppen
wegen des mittlerweile eingetretenen Regenwetters zum Theil schon
bei dem Ausrücken auf. Eine halbe Stunde nach erfolgtem Ge-
neralarmmarsch passirten das 6. Infanterie-Regiment und das Fü-
siliersbataillon des 23. Infanterie-Regiments, beide in entgegenge-
setzter Richtung und in kriegerischer Ausrüstung die Stadt.
Das genannte Füsiliersbataillon trug das Gepäck schon nach der
neuen Art, wonach der Mantel zum Schutze gegen das Regen-
wetter unter dem Decke des Tornisters eingeschmalt und der
Feldkessel auf der oberen Seite desselben liegend angebracht ist.
Ein viertel nach zehn Uhr kam das 2. Ulanen-Regiment hier
durch. Heut findet eine allgemeine Umanquirung der Truppen
statt, morgen werden die Feldwachen ausgestellt werden und von
Montag ab wird das eigentliche Divisionsmanöver beginnen, zu
welchem zehn Tage bestimmt sind. Zu unserm größten Bedauern
vernehmen wir, daß bei der Kavallerie schon Unglücksfälle von
Bedeutung sich ereignet haben. Die Truppenkommandeure und
Offiziere, sowohl der Garnison, als auch der zum Heerführer
und bei Reiffe eingerückten, werden nach und nach von dem
Fürsten von Hohenzollern zur Tafel gezogen. Derselbe hatte ge-
stern den Wunsch ausgesprochen lassen, zu seinem Geburtstag am
7. September keine festlichen Gratulationen zu veranstalten. —
Für das Publikum, wie für den Pächter der Eisenbahn-Re-
stauration macht sich die ungünstige von der Stadt so abgelegene
Lage des Reiffe-Bahnhofes recht bemerklich, besonders
da man im Sommer auf dem, größtentheils des Schattens ent-
behrenden, Wege den Sonnenstrahlen ganz ausgesetzt bleibt,
wenn man die fast drei Viertelstunden Zeit in Anspruch neh-
mende Wegstrecke von der Stadt aus zu Fuß zurückzulegen hat.
Dieser Uebelstand trägt auch die Schuld, daß den Sommer über
der Bahnhof außer von Reisenden wenig oder fast gar nicht be-
sucht wird.

* Kreis Lublinitz 7. Sept. [Zur Gemeindeord-
nung.] Gegen die Vereinigung der Dominien mit den gegen-
wärtigen Dorfgegenden haben bis jetzt schon in Bezug auf ihre
Bestimmung nachstehende angeführte Herren Protest eingelegt: Prinz
Hohenlohe auf Kosenstein, Graf v. Renard auf Gr.-Streh-
lit, Gutsbesitzer B. Kofenthal auf Weichnik und Gutsbe-
sitzer v. Aulock auf Kochwitz. Die Kreis-Kommission ist jedoch
bei ihrem zuerst gefaßten Beschlusse einstimmig stehen geblieben.

* Kamenz, 7. Septbr. [Reisende Industrie.] Die
fürzlich in der Zeitung erlassene Kunde von einem Reisenden,
der die Bettelbettel in den Gasthäusern mit fortnimmt, ist
nun auch auf ein weibliches Individuum auszudehnen, die als
würdiger Pendant des Ritters ihr Wesen treibt.

Diese Donna kam am 4. d. in Kamenz im Gasthof zum
schwarzen Adler an, erbat sich ein Zimmer mit drei rein über-
zogenen Betten, indem sie vorgab, daß ihre Eltern nachfolgen
würden und hier über Nacht bleiben wollten, ließ sich außerdem
anständig bewirthen und weilte mit sichtbar Ungeduld in ihrem
Zimmer, ihre Eltern erwartend. Der Wirth war Abends etwas
beschäftigt, und diese Zeit benutzte die Gaunerin, indem sie mit
den abgezogenen Überzügen sich entfernte, ihre mit Nadelrücken-
Nähten gefüllte Reistasche als Aequivalent zurücklassen. Das
Mädchen am anderen Morgen führte zwar auf ihre Spur,
doch konnte man der Bettwische Freundin nicht habhaft wer-
den. Acht Tage früher hatte dieselbe Donna im Gasthof zum
Stern in Patschkau gut gezecht, war aus ihrem Zimmer an-
geklagt in die Kirche gegangen und hatte den Schlüssel mitge-
nommen, als sie nicht wieder kam, öffnete man die Stube und
sah zwei Paket Nadelrückenblätter statt der Bezahlung. Ein
schwarz seidener Mantel und rosa Hut macht diese Donna
kenntlich.

* Landeshut, 7. September. [Cholera.] Seit etwa
vierzehn Tagen herrscht die Cholera in unserer Stadt und in
einigen Dörfern unseres Kreises mit ziemlicher Heftigkeit. Zwar
scheint sie nicht kontagioser Natur zu sein, fordert aber
eine weit größere Zahl von Opfern, als im vorigen Jahre, wo
sie um dieselbe Zeit, doch nur vorübergehend, hier auftrat.
Zugleich mit ihr zeigen sich Brechruhr und Diarrhoe, letztere
namentlich in sehr bössartiger und häßlicher Art. Es sind
in der genannten Zeit aus unserer Stadt und zwei angrenzenden
Dörfern wohl mehr als dreißig bis vierzig Personen von dieser
Krankheit hingerafft worden. Die Opfer gehören größtentheils,
wenige Fälle ausgenommen, dem höheren Lebensalter an, wo die
Krankheit nicht die Kräfte verlor, die hingerichtet hätten, ihre
Widerstand zu leisten. Bei rechtzeitiger Zuzugung des Arztes
oder doch vorläufiger ungesäuerter Anwendung geeigneter Gegen-
mittel gelang es meist, die Macht der Krankheit bald zu brechen.
Außer den sogenannten Lohwiz'schen Tropfen, deren augen-
blicklicher Gebrauch sich stets als kräftig vorbeugend erwies,
werden auch noch eine andere Art Tropfen als vorläufige Ge-
genmittel mit gutem Erfolge benutzt, die durch den Landrath
unseres Kreises, Herrn Grafen zu Stolberg, bekannt gemacht
worden und auf einigen Dörfern vertheilt worden sind.
Schlimmer noch als bei uns haust die Krankheit in den nach
dem Niederrhein zu gelegenen Dörfern unseres Kreises, nament-
lich Wiedersdorf, Dypau, Hermsdorf, und es scheint überhaupt,
als sei dieselbe aus dem nördlichen Böhmen, wo sie vor einigen
Wochen auch in der Gegend, gegen, so unter andern namentlich
in Hohenleuthen gesehrt hat, ohne sich durch die Berge aufhalten
zu lassen, zu uns herüber gekommen. Ebenso scheint sie
ihren Weg das Böhmerthal hinab genommen zu haben, wenigstens
gehört die Orte, wo sie bis jetzt in unserer Nähe sich gezeigt,
nur dieser Richtung an. — Seit einigen Tagen sind jedoch bei
uns wenig neue Erkrankungsfälle mehr vorgekommen, und so
dürfen wir wohl hoffen, daß dieser schreckliche Gast, der in vielen
Familien Trauer und Jammer zurückgelassen hat, uns bald ganz
wieder verlassen werde.

* Sirschberg, 7. Sept. [Kinderfest.] Kinderfeste finden
einmal allgemeinere und lebendiger Anklang bei Alt und
Jung. Und das mit Recht. Wohl angeordnet und durchge-
führt, stärken, üben, verklären sie Körper und Seele der Theil-
nehmenden, und schmücken ihnen wie eine poetische Würze in
der prosaischen Schulstunde. Wie auf den heiligen Geist freuen
sich in Sehnsucht die Kinder darauf durch's ganze Jahr. Ehre
den Behörden und Lehrern, welche trotz mancher Kosten und
vieler Mühen solche Lichtpunkte anzubringen, pflegen und schmücken,
und sie als pädagogische Hebel mit reinem Herzen und feinem
Sinne zu bewegen verstehen! In vielen Städten nicht bloß,
sondern auch selbst auf manchen Dörfern haben sie bereits an-
gefangen als heitere, süße Gewohnheit sich einzuleben. Auch
hierorts blinken sie in stets verklärterem Glanze schon seit einer
Reihe von Jahren. Gestern sollte ein solches sich erneuern.
Der regnerische Himmel schüttelte das düst're Haupt. Umfost
lächelnd schon am frühen Morgen die kleinen 9 Trommler mit
ihrem schneidenden Tambour-Major in besser Uniform die
Festfreunde an. Sie wurde zu Wasser. Es setzte Verlegenheiten
und lange Gesichter. Heute wurde der Festort neu erneuert,
mindestens bei einiger Kunst der Witterung. — Freilich ohne
einigen Regenschauer mit obligatem Schloßwetterchen ging es
nicht ab. Aber innenwärts schien die helle Sonne. So viele
Kinderaugen, etwa 1600, so viele funkende Sterne. Alle Schu-
len nahmen Theil, auch die Privat-Institute. Kein Unterschied
des Standes oder Bekanntheits. Die Mädchen alle mit Krän-
zen; die Knaben alle mit flatternden Fähnlein und Blumensträu-
ßen. Ein langer unabsehbarer Zug, mit vielen großen, schönen
Fahnen und sprechenden Sinnbildern, vorwiegend der unentgeltlich
bereitwillige Stadtmusik mit seinen lauten Vielfoßen. Die
Bedeutung der ganzen Stadt auf den Beinen. Die deutschen,
die preussischen, die hiesig-böhmischen Farben waren vertreten. Ein
Drache (!), der dem Winde preisgegeben werden sollte, ragte
hoch empor; auf ihm in postfester Malerei ein bagerer, magerer,
alter, steifer Herr mit einem noch steiferen Pops; dahinter
ein Professor der mathematischen Jugend, im Begriffe, Semem
den Kopf abzuschneiden. Zuletzt Dreschflegel und Säcke, für
Spiele, in Fahnenform. Auf dem unvergleichlich herrlichen
Turnplatze des nahen Pfanzberges, den Vater Jahr vor 32 Jahren
für einen der schönsten auf dem ganzen deutschen Boden
erklärte, vergnügte sich die Jugend unter geist- und gemüthvoller
Leitung der 12 dafür vereinigten Lehrer bis hinein in die Däm-
merungen des Abends. Spiele und Ansprachen, geistliche und
weltliche Lieder wechselten nach dem gedruckten Programm. Zweien
hohe, schroffe Felsen wurden von topfern Scharen verteidigt
und erstickt. An Prämien und Belohnungen fehlte es nicht.
Abends Illumination der Straßen, durch welche der fröhliche,
singende Klugzug sich bewegte. Welche Theilnahme diese Festlich-
keiten finden, bemies das dicke Gedränge der Erwachsenen rund
um, bewies die Summe von beinahe 60 Kist. baar, welche
freiwillige Sammlungen laut Rechnung voriges Jahr dafür zu-
sammengetragen hatten. Dieses laufende Jahr wird jenem hierin
nicht nachsehen. Die vielen possenden Sachen und unentgelt-
lichen Hilfestellungen nicht gerechnet. Das Ganze — ein durch
und durch erquickliches Bild. „Werdet wie die Kinder!“
E. a. w. p.

* Mannigfaltiges.
— Von der polnischen Grenze, 7. Sept. [Ein Wald-
brand.] Ein ungewöhnlich großer Waldbrand, welcher in russisch-po-
lischer Gegend, in der Gegend des Fabrikdorfes
polnisch Raminitz ausgebrochen ist, zieht daselbst in einem besondern
Grade die Aufmerksamkeit auf sich. In dem dortigen Umkreise befindet
sich nämlich ein bedeutendes Forstlager, welches an einigen Stellen so

gerat zu Tage liegt und durch die vorerwähnte gewisse Dücker in der
letzten Zeit so stark austrocknet, daß es für den geringsten Feuerfunken
empfindlich war. Dieses Forstlager wird von der Kraken-Gesellschaft
Eisenbahngesellschaft bewirtschaftet. In voriger Woche geschah es, daß beim
Durchgange des Eisenbahnzuges einige Funkenhitzen die Eschmotive ent-
stießen und in das naheliegende Forstlager hineinflogen; das Feuer zün-
dete, glimmte anfänglich nur unbedeutend weiter, bis es später eine grö-
ßere Ausbreitung gewann, immer mehr um sich griff und endlich hell
aufblühte. Die polnischen Bewohner der einzelnen hiesigen erbärmlichen
Hütten sahen dem Feuer anfänglich mit ihrer angeborenen Gleichgültig-
keit zu, ohne sich zu bemühen, dem Feuer Einhalt zu thun; doch nur
zu bald sollte sich diese unerschütterliche Nachlässigkeit in einen furchtbaren
Schrecken verwandeln, so wie diese Menschen beschien, mit welcher
furchtbaren Kraft das Element des Feuers zu verheeren vermag. Auf
der Oberfläche des Forstlagers steht meilenweit ein mitunter in schönem
Zustande erhaltener Forst, in welchem sich früher verschiedene Gat-
tungen befanden. Das vom Feuer ergriffene Forstlager brennt, verzehrt
eine Baumumwelt nach der andern, greift weiter um sich, wobei es
nach der oberflächlichen Luft strebt. Dieses gelang ihm, es bricht em-
por, faßt die ihm zunächst liegenden trocknen Baumstämme, endlich einen
liegenden Stamm, von diesem anderen Schöß, und nun kann seiner
fürchterlichen Gewalt nicht mehr widerstehen, alles was sein glühender
Hauch umweht, wird von der sich ausbreitenden Flamme unbedauerlich
zerstört und verzehret. In ein paar Tagen stand eine beinahe unüberseh-
bare schöne Ebene des mitunter berlichen Forstes in Flammen, und die
ganze Umgegend ist in Dampf gehüllt. Die trocknen Äste und
schwachen Sträucher pressen, die stärksten Stämme, deren ferne
Wurzelspitze zuerst ausgebrannt sind, tragen, ein furchtbar
schönes Naturkapitel entwickelt sich, dessen Zerstörung jeder mensch-
lichen Kraft mit besonderer Wuth Troos bietet. Schon fast gegen 14
Tage wüthet das vernichtende Element ungehört fort. Dem Fortschrei-
ten desselben ist bis jetzt zu steuern unmöglich gewesen, wobei allerdings
ein nicht unbedeutender Theil der Schuld der Unbehilflichkeit der polni-
schen Einwohner, sowie dem Mangel an gehöriger Anordnung bei einem
vergleichen Vorfalle zur Last gelegt werden muß. Der große Feuer-
schein leuchtet des Nachts bis in das preussische Gebiet hinein, — und
dennoch kann Niemand von hieraus zur Rettung sich hinübergeben;
denn der russische Doppeladler droht mit Gefängnis, im Falle es ein
Preuge wagen sollte, hindüber zu treten, wenn auch in der Absicht, um
zur Rettung etwas beitragen zu wollen. — Es läßt sich noch nicht
absehen, welche Ausbreitung das vernichtende Element erreichen wird,
und auf welche Weise man demselben am schnellsten und kräftigsten
entgegenzutreten im Stande sein könnte.

(London.) Aus einer Erklärung der Direktoren des unter-
seitigen Telegraphen ergibt sich wirklich, daß der vor einigen
Tagen erst angelegte unterseidene Telegraph zerfallen ist, indem auf der
Höhe von Grimsby der Draht durch verunreinigte Felsen beschädigt
wurde; da man genau die Stelle weiß und auch wie der Schaden ent-
stand, so wird es bald wieder gut gemacht sein. Der Schaden entstand
dadurch, daß eine kleinere Röhre, welche den Surtout durchdrang nach
der Höhe der Telegraphenstation leiten sollte, dem Andrang der Wogen
nicht Widerstand genug leistete, so daß eine eiserne Röhre zu diesem
Behufe angelegt werden muß. Es ist im Plane, nach Vollendung
dieses Telegraphen nach und nach 20 bis 30 solcher Drähte zu legen,
damit die Störung noch am Ausfall eintreten könne. Es unterliegt
keinem Zweifel, daß zwischen England und Irland eine ähnliche Ver-
bindung hergestellt werden wird, indem die Meerenge zwischen England
und Irland nur 60 englische Meilen beträgt. Dies wird nothwendig
dazu führen, daß die Station zur Abfahrt der Dampfschiffe nach
Amerika in einem Westhafen Irlands sein muß, indem von und nach
Amerika dann mindestens 30 Stunden Zeit gewonnen werden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Stettin, 8. Septbr. [Der Landes-Handwerkertag.] Die
Verhandlungen der hier abgehaltenen Landes-Handwerkertages sind
jetzt durch den Fortschritt derselben gedruckt und veröffentlicht, so daß
jede eine Uebersicht derselben geben können. Es waren alle acht Pro-
vinzen vertreten, aber Schlesien und Westfalen durch je nur einen Ab-
geordneten vertreten — im Ganzen 43 Mitglieder. Hr. P. ist aus
Stettin begrüßt die Gäste und hat in seiner Rede auch die Lage
der Stettiner Handwerker, den Reichthum der Handwerker gegenüber, hervor.
Es heißt im Bericht wörtlich: „Zu der gewiß nicht benedictenwerthen
Lage des Handwerkerstandes, in welche derselbe durch die Folgen einer
bis jetzt mangelnden Ordnung zur Gewerksfreiheit gerathen ist, gefeh-
len sich jetzt, nachdem die so lange erloschene Ordnung und damit ohne
Zweifel ein besserer Zustand durch die neue Gesetzgebung in Aussicht
steht, so viele widerwärtige und oft gar feindliche Behauptungen einer
Partei, die hier stärker als irgendwo anders agirt, und den rechten
Behauptungen der Handwerker zur Geminnung einer besseren Stellung
getreue entgegen ist, einer Partei, die über große geistige und mate-
rielle Mittel zu gebieten hat, und der es daher ein Leichtes ist, sich
überall geltend zu machen, ich meine die Freihandelspartei, welche ihre
Lehren gegen an Stelle der ewigen Wahrheit des Christenthums setzen
möchte.“

Hr. P. erinnert noch an das Beispiel der Vorfahren, welche den
großen Städten nur durch den kräftigen Mittelstand der Handwerker
Macht und Glanz verliehen hätten; und müsse wieder dahin gekehrt
werden, so weit es die Anforderungen und Bedingungen der Gegen-
wart gestatten.“

Hierauf erfolgten die Wahlen des Vorsitzenden und Schriftführers,
von denen ersterer auf Herrn Baumann, Altmüller der Zweipter aus
Berlin, letztere auf Herrn Fall, Sekretär des Central-Zinnungs-Vereins
fiel.

Aus den Verhandlungen selbst geht ganz besonders hervor, wie der
große Theil der Vertreter der freien Ueberzeugung war, daß in Folge
des Gewerbe-Befreiungs-Gesetzes nun der goldene Boden wieder er-
öffnet sei, handele sich nur darum, diese Ertragskraft sich für alle
Zwecke zu sichern, damit nicht wieder die moderne Ordnung im gewerb-
lichen Leben aufgehoben oder durch zu liberale Auslegung des Gesetzes
vom 9. Febr. geschmälert werde. — Demnach wurden folgende Be-
schlüsse gefaßt:

- 1) Es ist wünschenswerth, zeitweise nach Maßgabe der örtlichen Ver-
hältnisse und Bedürfnisse die Zahl der von einem Meister gleichzeitig
auf einmal zu haltenden Lehrlinge zu beschränken.
- 2) Annahme des sogenannten „Schulmachers-Ordnungsstatuts“, worin die
Bedingung enthalten ist, daß kein Meister Stellen außer dem Hause
bestellen darf, wie dies bisher von den Schulmachern in großen
Städten geschehen ist, damit nicht die Stellen bei dieser Gelegenheit
für Privatleute arbeiten können. Dieses Statut wurde mit Ausfluß
der Vertreter der Provinz Sachsen von allen übrigen angenommen.

Der Antrag, daß die Stellen den Kassen beizulegen müssen, daß selbige
gelegt werde, welche Magazine für Handwerkerarbeiten am Orte zu ver-
arbeiten sind, ebenso wie die Handwerke nicht gleichzeitig von ein und
derselben Person betrieben werden dürfen — ist in dieses Statut
aufgenommen.

Bei der Debatte über die „Zinnungs-Verfassungen“ zeichnete sich be-
sonders der Altmüller Hr. C. E. C. aus Berlin, durch sein gelehrliches
Talent aus. Hr. C. E. C. stellte folgende Bedingungen auf, welche
dieser „Verfassung“ zum Grunde dienen sollten:

- „Es muß unter allen Umständen eine Form und Fassung gefunden
werden, welche als Norm für Alle dienen kann und welche alle
Verhältnisse berücksichtigend, den Anforderungen der Gegenwart und
den Erwartungen der Zukunft entsprechend ist.“ Diese Form ist in
diesem nicht gefunden worden, denn die Vertreter aus Sachsen haben
sich dem Beschlusse wegen des Statutes nicht unterworfen.

Es wurde demnach beschlossen:

- 1) eine Deputation zu ernennen, welche in Berlin mit dem Herrn
Minister über Feststellung des von der Versammlung angenommenen Ent-
wurfs zu einem „Normal-Statut“ für alle Provinzen, mit Aus-
schluß der Provinz Sachsen, da letztere bereits ein solches in dem joga-
nannten „W. B. G.“ und „W. B. G.“ Statut“ verfügt, verhandeln und
zugleich das Nöthige wegen Herbeiführung der nothwendigen Anlegung
der bunten und zweifelhafte Gesellschäften bewirken soll.
- Nach einer Mitteilung des Herrn Schüren aus Aachen hat der
dortige Kommissionsrat bei Anstellung des Gewerberathes die Segner
des Gesetzes und so auch den Redner darüber vom Gewerberathes aus-
geschlossen, daß er sämtliche Mitglieder mittelst Handschlag verpflich-
tet, das Gesetz vom 9. Febr. 1849 zu auszuführen, wie es gegeben ist.
Auf diese Weise, meint Herr Schüren, würde man überall dieje-
nigen, die prinzipiell gegen das Gesetz seien, vom Gewerberath fern
halten.

anderen unbefohlenen Staatsbürger das Reien ungehindert gestattet
sei, demnach der Nachweis des Reisegeldes aufgehoben werde.
Bei Gelegenheit der Besprechung über die weitere Wirk-
samkeit der Vereine“ sprach sich die Versammlung im Allgemeinen für eine
Organisation sämmtlicher Vereine aus. Bemerkenswerth ist, wie Herr
Schmidt aus Königsberg das Gefährliche der Handwerker-Vereine
der Regierung gegenüber hartföndlich hervorhob. Herr Schmidt
bemerkte:

„Bedenken wir, wenn alle Stände sich verbinden wollten, um ihre
Interessen zu verfolgen, was daraus werden sollte? Bewegten wir
uns so unsehrbar, wie wir es bis jetzt gethan haben, damit wir
nicht die Mißdeutung der anderen Stände und der Regierung
erzeugen.“

Diese Kenglichkeit theilte besonders der Vorsitzende Herr Baumann,
der sich freilich vor der Mitwirkung verwarren zu müssen glaubte,
wenn eine Mißdeutung der Vereinszwecke aufstehen sollte.

Wegen Einführung eines Central-Organes wurde beschlossen, den Mini-
ster zu bitten, die Kaution für ein Central-Handwerkertag zu erlassen,
und wenn dies bewilligt wird, ein solches Organ zu gründen.

In Betreff der Beschäftigung der weiblichen Personen theilte Herr
W. H. aus Magdeburg mit, daß ein Ministerial-Befehl vom 16.
September 1848 den Damen die Beibehaltung vorschreibe, für den Fall
eines selbstständigen Gewerbebetriebs sich einer Prüfung zu unterwerfen.
In Betreff der Mädchen ist festgesetzt, daß dieselben zwar außer dem
Hause, also bei den Familien arbeiten, aber kein Stück in eigener Be-
hausung „ganz fertig“ machen dürfen.“ Im letzteren Falle wird dies
für selbstständigen Betrieb angesehen und behandelt.

Charakteristisch für diese Verhandlungen ist es, wenn Herr Böing
wirklich sehr nahe sagt:
„was zu thun sei, wenn die Damen die Prüfung machen wollten?
Es tränen dann doch auch alle rechtliche Folgen für sie ein: es geht
aber im Allgemeinen das Bestehen haben, ein Mittel ausfindig zu
machen, daß sie zur Prüfung gar nicht gelangen könnten.“

Herr Behrens befragt, die Damen werden Mitglieder der Prü-
fungs-Kommission werden und dann die Männer wählen.
Hierauf weist Herr C. E. C. auf das den Damen mangelnde Requi-
sit der Betretung der öffentlichen Verhandlungen hin und somit werden
die Bedenken der anderen Herren beseitigt.

In Betreff des Prüfungswesens giebt der Vorsitzende „Entschü-
tungen“ zum Besten, die als eine Satire auf das ganze Gesetz betrach-
tet werden können. Denn während die Meister alle Konturrenz so viel
wie möglich beseitigen wollen, tritt im Schooße der Prüfungs-Behörden
eine Konturrenz auf, die durch das Gesetz nur entstanden ist. Die
Kreis-Prüfungs-Behörden und die Zinnungs-Prüfungs-Kommissionen
legen nämlich die Gebühren herunter, um sich gegenseitig die „die
Kandidaten w. z. z. z.“. Wir sehen hier also die freie Kon-
kurrenz schon wothilhaftig wirken, indem die zu Prüfenden den Meister-
titel sich dort erkaufen, wo er am billigsten zu haben ist. Daß diese
selbständiger Lehre so schnell und praktisch durch das Gewerbegesetz
eingeführt werden würde, hat sich der Herr Handelsminister gewiß nicht
träumen lassen, und es steht nächstens ein Schuß für Prüfungs-Kom-
missionen zu erwarten, d. h. eine Exze. Da eine Mißbewertung oder
Ueberschwemmung des Auslandes in diesem neuen preussischen Industrie-
zweige, „Erzeugung von berechtigten Meßnern“, nicht stattfindet, so ist
ein Eingangs-zoll überflüssig.

Dies ist das Wesentlich der Verhandlungen des Landeshandwerkertages.
(Hr. P.)

Berlin, 8. September. Nachdem der vor Kurzem in Stettin ab-
gehaltene „Landes-Handwerkertag“ das Normal-Zinnungsstatut, welches
von dem königlichen Ministerium für Handel und Gewerbe im Januar
d. J. den Behörden zugestimmt worden, einer Revision unterworfen
hat, ist der, nach den Ergebnissen dieser Beratung aufgestellte Ent-
wurf zu einem neuen Normal-Zinnungsstatute, welcher von dem Pro-
vintialrathe des Ministeriums in einzelnen Punkten abwich, durch eine
Deputation des Handwerkertages, dem Herrn Handelsminister, in einer
dazu anberaumten Audienz, mit dem mündlich vorgelegenen Gesuche
übergeben worden: den neuen Entwurf zu prüfen und nach Befinden
denselben den Behörden und Gewerbetreibenden zur Benützung bei der
Abfassung der Zinnungsstatute zu empfehlen, oder wenn hiergegen Be-
denken obwalten sollten, über diese eine kommissarische Berathung, mit
Zuziehung der Deputation stattfinden zu lassen. Dem Vernehmen nach
ist der Deputation, welcher die erbetene schriftliche Antwort zu ertheilen
der Minister bis nach erfolgter Prüfung des überreichten Entwurfes
sich vorbehalten, am nächsten Tage der nachstehende Bescheid, zu Händen
des Zweipter-Meisters Baumann, ausgegangen:

Nach näherer Prüfung des mir ohne weitere Eingabe brevi manu
überreichten Entwurfes zu einem Zinnungsstatute erweise ich Ihnen
auf das mündlich vorgelegene Gesuch um Genehmigung mehrerer Ab-
änderungen des Normal-Zinnungsstatutes folgendes: Wenngleich ich die
gute Absicht, in welcher jene Änderungen befaßt und vorgelegenen
sind, nicht verkenne, so muß ich doch in Erinnerung bringen, daß schon
bei der Aufstellung des Normalstatutes die wohlmeinende Absicht vorge-
waltet hat, zur Vereinfachung der Beratungen, welche durch die mangel-
hafte Fassung der von vielen Seiten eingereichten Statut-Entwürfe
veranlaßt worden, eine Uebersicht für die Zinnungsstatute notth-
wendig oder doch geeigneten Festsetzungen zur Kenntniß der Behörden
und Gewerbetreibenden zu bringen, um diese in den Stand zu setzen,
durch Vorlegung vollständiger und zur Befestigung geeigneter Statuten
die Regelung der Zinnungs-Gesetzgebungen zu beschleunigen. Der Nutzen
des Normalstatutes zur Beförderung dieses Zweckes ist auch durch die
Erfahrung bestätigt, indem dasselbe zur Befestigung zahlreicher Zinnungs-
verhältnisse zwischen Kommunalbehörden und Gewerbetreibenden
hat und über deren Stellung zu den vorgelegenen Kommunal- und
Staats-Behörden einen Anhalt gegeben und, sowohl die Revision der
Statuten älterer Zinnungen, wie die Errichtung neuer Zinnungen, an
vielen Orten wesentlich gefördert hat. Demzufolge ist bereits eine
erhebliche Zahl von Zinnungsstatuten in der Fassung des Normalstatutes
vorgelegt und bestätigt, und eine weit größere Zahl solcher Statuten ist
in der Umanquirung begriffen. In den Fortgang der hiernach eingeleit-
eten Verhandlungen durch Abänderung des Normalstatutes eingegriffen,
kann ich weder an sich für zweckmäßig, noch auch im Interesse der
Handwerkertages für räthlich erachten, weil dadurch neue Bedenken
und Zweifel hervorgerufen würden. Die Zifferliste beantragter Ab-
änderungen vom Normalstatute betreffen neben mehreren unheilbaren
Punkten zum Theil solche Gegenstände der Zinnungsstatute, bei
welchen die gewünschte Aenderung der Fassung als eine Verbesserung
nicht anerkannt werden kann und zum Theil Festsetzungen, bei welchen
von den in das Normalstatut übernommenen Bestimmungen der Ge-
werbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, nach § 120 a. a. D., nur mit
Zustimmung der betreffenden Gemeinden abgewichen werden darf.
Uebrigens sind bei der Abfassung jedes Zinnungsstatutes nach § 106 a. a. D.
zuwiderst die Anträge der beteiligten Zinnungsgegossen zu berücksich-
tigen, und über die Zulässigkeit der von diesen gestellten An-
träge jedesmal die Kommunalbehörde und die vorgelegte königliche
Regierung zu hören, welchen im § 105 a. a. D. die Leitung der
Verhandlungen übertragen ist. Es liegt demnach zur Bere-
thung neuer allgemeiner Normen für die Abfassung von Zinnungs-
statuten eine Veranlassung nicht vor, zumal Ihnen, wie Sie
selbst anerkennen werden, die Eigenschaften eines gesetzmäßigen Ge-
setzes zur Vertretung sämmtlicher Theilhaber der Monarchie nicht be-
zulegen ist. Hiernach muß jeder einzelnen Zinnung überlassen bleiben,
bei den Verhandlungen über ihre Statuten zu gebende Fassung
selbstständig diejenigen Bestimmungen in Vorschlag zu bringen, welche
für ihre besondern korporativen Verhältnisse sich eignen; dagegen werde
ich beehrt sein, nach vorgängiger Benützung der Behörden die Fest-
stellung der vorgelegten Statuten möglichst zu beschleunigen. Zur Leich-
teren und rascheren Entscheidung dieser Angelegenheiten werden indessen
die beteiligten Gewerbetreibenden selbst am Meisten beitragen, wenn
sie sich bei ihren Anträgen an die im Normalstatute empfohlenen Fest-
setzungen halten. Die Ueberzeugung, daß die Regelung der Zinnungs-
verhältnisse auf diesem Wege schneller und sicherer zu einem gebüh-
ren Ziele geführt werden kann, als durch weitere Anträge, welche die
in der Durchführung begriffenen Grundzüge der neuen Gewerbegesetz-
gebung in Frage stellen, glaube ich von der Einsicht und der bemächtigten
Einstimmung des Handwerkertages vertrauensvoll erwarten zu dürfen.

Berlin, den 28. August 1850.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Genz, von der Seydt.

An den Zweipter-Meister Herrn Baumann und die Mitbetheiligten
hier.

(W. P.)

Berlin, 8. September. Dem Uebermacher A. Quasig zu Magde-
burg ist unter dem 6. September 1850 ein Patent auf eine durch
Reibung und Beschreibung erläuterte Hemmung für Pendeluhren, so
weit sie als neu und eigenartig erkannt ist, auf fünf Jahre, von
jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats
ertheilt worden.

Mit einer Beilage.

Ober-schlesische Eisenbahn. In der Woche vom 1. bis 7. Septbr. d. J. wurden befördert 8309 Personen und eingenommen 17878 Rthl.

Neisse-Briegner Eisenbahn. In der Woche vom 1. bis 7. Septbr. d. J. wurden befördert 1400 Personen und eingenommen 1006 Rthl.

Krajan-Ober-schlesische Eisenbahn. In der Woche vom 1. bis 7. Septbr. d. J. wurden befördert 2035 Personen und eingenommen 2204 Rthl.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. In der Woche vom 1. bis 7. Septbr. d. J. wurden 7007 Personen befördert. Die Einnahme betrug 4420 Rthl. 11 Sgr. 1 Pf.

Wilhelms-Bahn. Vom 31. August bis incl. 6. Septbr. d. J. wurden befördert 3421 Personen und eingenommen 3254 Rthl.

Inserate.

Briefe von der Gränze.

Das Geld hinausgehen ins Ausland, ist das große Uebel, welches Viele vor niederen Jöllen oder gar vor der Handelsfreiheit zurückbeben lässt und selbst die demokratische Partei mancher Länder, welche sonst jede Freiheit will, meint doch des schönen Geldes wegen, dieser einen Freiheit entfagen, meint Des-jenigen jubeln zu müssen, welche uns sogar vorschreiben wollen, was wir arbeiten sollen, ohne die Verantwortlichkeit übernehmen zu können, uns immer Arbeit zu geben, die uns wehen wollen, da zu kaufen, wo wir es am billigsten thun können und da zu verkaufen, wo man uns am besten bezahlt.

her, denn durch die Vertheuerung des Fabrikats wird der Absatz desselben beschränkt. Der Kapitalist wird sich also hüten, sein Geld in einem solchen Zollgebiete anzulegen.

Verkaufmachung.

Zur Bekätigung unserer Bekanntmachung vom 25. August d. J. bringen wir hiermit weiter zur öffentlichen Kenntniß, daß die Cholera auf hisigem Plage wesentlich im Annehmen begriffen ist, so daß, da in der Zeit vom 31. August bis 6. September d. J. hier nur 28 Cholera-Kranke verstorben sind, während vom 24. bis 30. August d. J. 54 Personen derselben erlegen waren, deren völliges Erlöschen baldigst erwartet werden darf.

Leipzig, den 7. September 1850. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Sonnenkalb.

Beuthen O.S., 21. August.

Den in jüngster Zeit hier zahlreich vorgekommenen Straßendiebstahl soll nun endlich ein Ziel gesetzt werden, denn seit ungefähr acht Tagen durchstreifen Militär- und Gendarmenpatrouillen den südöstlichen, den nördöstlichen Theil des Kreises und ist es ihnen auch schon gelungen, eine nicht unbedeutende Anzahl der Straßendiebe und anderer verdächtiger Gesellen einzufangen und festzunehmen.

Aufruf zur Wildthätigkeit!

Am 28. v. M. ist die im Falkenberger Kreise getragene Dittscholt-Kreiskasse im vorigen Jahre durch Pögelethun hart betroffen. Ein Knub der Kasse ist verloren. Das Dom. Gehalt, 20 Bauern, 7 Gärtner und 45 Familien, bestehend aus 280 Seelen, Obdachlos und dadurch 55 Familien, bedürftig ist alles möglich, um den allerbittigsten Bedürfnissen für den Augenblick abzuhelfen.

Literarische Anzeigen

der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau.

In der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart erscheint demnächst:

Goethe's sämtliche Werke.

Ausgabe in gr. 8. vollständig in 30 Bänden à 24 Sgr., von denen am 1ten eines jeden Monats 2 erscheinen, so daß am 1. November 1851 diese Ausgabe vollständig in den Händen der Subscribenten ist.

Zu geneigten Bestellungen resp. Subscription empfiehlt sich ergebenst die Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau.

Bei Schneiber u. Comp. in Berlin erschienen und ist in der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu haben:

Zur deutschen Frage. I. Die versuchte Wiederherstellung des Bundestages.

geb. 6 Sgr.

Spinnstube, ein Volksbuch für das Jahr 1851.

Herausgegeben von W. D. v. Horn. Sechster Jahrgang. Mit einem Stahlstich nach v. d. Embde und vielen Holzschritten von Richter.

Der Spinnstubschreiber hält uns in seinem Kalender gleichsam einen Spiegel vor, in dem wir uns selbst wiedererkennen, und das Gemüthsleben der deutschen Familie, mit allen seinen Freuden und Leiden, allen seinen Licht und Schattenleben. Wenn nur die guten Leute recht fleißig hineingucken.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Josef May u. Komp. und G. S. G. in Breslau.

Der Jahrgang 1846 ist vergriffen. Der Jahrgang 1847 bis 1850 ist zum selben Preis durch dieselben Handlungen zu beziehen.

J. D. Sauerländer's Verlag in Frankfurt a. M.

Bildung macht frei!

Angewandte!!! (Preis 1 1/2 Sgr.)

Meyer's Groschenbibliothek der deutschen Klassiker für alle Stände.

Erstes Bändchen.

Breslau, den 10. September 1850. Buchhandlung Josef May u. Komp.

Bei Unterzeichnetem ist so eben in vier Auflagen erschienen und in der Buchhandlung Josef May und Komp. in Breslau zu haben: Thomas von Kempis, 4 Bücher von der Nachfolge Christi. Aus dem Lateinischen übersezt von A. V. Bendel. 5te durchgesehene und stark verm. Auflage.

Ausgabe mit 1 Stahlstich und Titel in Golddruck, 16. brosch. 9 Sgr.

— 8 Stahlstichen und Titel in Golddruck, brosch. 15 Sgr.

— 8 — — — — — elegant gebunden, 24 Sgr.

Diese Ausgabe gehört unter die schönsten und preiswürdigsten aller bisher erschienenen Ausgaben des Kempis.

Stuttgart, im Juli 1850. Anton Stoppani.

Leipziger Kunstauktion.

Das Verzeichniß von Kupferstichen, Holzschneidungen, Kupferwerken, Holzschnitzbüchern, Kunstbüchern u. s. w., unter welchen sich eine Menge der vorzüglichsten Blätter befinden, deren öffentliche Versteigerung am 23. September zu Leipzig stattfindet, ist durch jede Buch- u. Kunsthandlung zu beziehen.

Die nahe Beendigung von Meyer's großem Conversations-Lexikon

veranlaßt das Verlags-Institut über dies umfassende Unternehmen folgende Nachricht zu veröffentlichen.

Das Werk ist anerkannt das einzige in der ganzen Literatur, welches den Begriff einer „Real-Encyclopädie des gesammten menschlichen Wissens“ ausfüllt. Kein gleichartiges in irgend einer Sprache kann in jener Beziehung im Entzerrten mit ihm verglichen werden.

Das Werk ist anerkannt das einzige in der ganzen Literatur, welches den Begriff einer „Real-Encyclopädie des gesammten menschlichen Wissens“ ausfüllt. Kein gleichartiges in irgend einer Sprache kann in jener Beziehung im Entzerrten mit ihm verglichen werden.

Das Werk ist anerkannt das einzige in der ganzen Literatur, welches den Begriff einer „Real-Encyclopädie des gesammten menschlichen Wissens“ ausfüllt. Kein gleichartiges in irgend einer Sprache kann in jener Beziehung im Entzerrten mit ihm verglichen werden.

Schluß des nächsten Jahres (1851)

zu erwarten, und es sind hiernach die da und dort verbreiteten irrigen Vorstellungen des Gegentheils zu verächtlichen.

Um aber den Druck so sehr zu beschleunigen, fand es das Verlags-Institut für nöthig, zu beschließen, daß vom 1. Oktober dieses Jahres an keine größere Exemplarzahl gedruckt werde, als es wirklich absetzt. Da nun doch von den zurückgebliebenen Subscribenten die Meisten willens sind, das Werk später zu komplettieren, so werden diese Herren ersucht, vor dem ersten October ihre Erklärung zum Bezug der Fortsetzung anzugeben, damit auf ihren Exemplar-Bedarf bei Bestimmung der zu druckenden Anzahl zeitig die gewünschte Rücksicht genommen werden könne.

Hilburghausen, 31. Juli 1850. Das Bibliographische Institut.

Zu geneigten Aufträgen empfehlen sich:

Graf, Barth und Comp. in Breslau, Herrenstraße Nr. 20.

Bekanntmachung.

Die geehrten Herren Mitglieder des Delsler landwirthschaftlich patriotischen Vereins werden ersucht, in der Vereinsammlung

Mittwoch den 18. September d. J.

recht zahlreich zu erscheinen, da sehr wichtige Gegenstände zur Beratung kommen werden.

Dels, den 8. September 1850.

Das Directorium des Delsler landwirthschaftlich patriotischen Vereins.

Generalversammlung des Männervereins

Mittwoch den 11. Sept. Abends 7 Uhr im Zwinger eine Sitzung links. Der Eintritt ist nur gegen Vorlegung der Dittungskarte gestattet.

Die Perle des Kaffees!

Die Perle des Kaffees! Vorläufiger Preis!

Für den Feinschmecker habe ich einen neuen Kaffee erworben, welcher schon in seinem rohen Zustande zum Genusse einladet. Die Bohnen sind elegirt, haben eine schöne, natürliche Farbe, nach der Präparation, (wie solche in meinem Hause Prof. Crove lehrte), einen herrlichen Duft und nach dem Brennen auf meiner königl. preuß. pat. Apparate ein Aroma, welches nicht besser zu erreichen ist, um dieses künstliche Aroma dauernd zu erhalten, so lasse ich diesen Kaffee, welcher den Namen

Perl-Kaffee

erschalt, in Champagner-Flaschen, gut getrocknet, füllen, indem die Papier-Envelope, wie ich mich, seit der Gründung meiner für Schlesien zuerst errichteten Dampf-Kaffee-Fabrik, überzeugte, einen Theil des Aromas an sich zieht, nimmere in Flaschen vollkommen geschlossen bleibt, ja sogar das Aroma innerhalb 1/2 Jahr immer feiner und lieblicher erscheint. Der Preis wird gar das Mocca nicht übersteigen, sondern etwas billiger zu stellen sein. Der Verkauf soll in einigen Tagen beginnen und wird besonders avvist.

Eduard Gross in Breslau,

Importeur des Dampf-Kaffees für Schlesien d. d. 1844, 30. Dezember.

Sämmtliche Commissionäre, Agenten und Makler

werden hiermit ersucht, Mittwoch den 11ten d. M., Abends 6 Uhr, zur Besprechung gewerblicher Angelegenheiten im Rathschen Lokal, Mauritiusplatz Nr. 4, zu erscheinen und den Gewerbschein als Ausweis mitzubringen.

Behrend, A. Geisler, Jof. Gottwald, Lauerer, v. Becker.

Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.

Die Herren Aktionäre laden wir zu einer auf

Montag den 16. September,

gegenmittags 3 Uhr, im hiesigen Börsenlokal

anberaumten General-Versammlung ergebenst ein. In dieser Versammlung soll in Folge des in der General-Versammlung vom 8. Juli gefassten Beschlusses:

1) das abgeänderte Gesellschafts-Statut vorgelegt, beraten und vollzogen werden;

2) die Wahl des vom 1. October d. J. in Function tretenden Directorii, so wie der Rechnungs-Kommission erfolgen.

Nichterscheinende Aktionäre werden als den von den Erschienenen mit Stimmenmehrheit gefassten Beschlüssen beistehend erachtet.

Breslau, den 5. September 1850.

Directorium der Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.

Theater-Nachricht.

Dinstag den 10. Septbr. 59te Vorstellung des dritten Abonnementes von 70 Vorstellungen. „Belisar.“ Heroische Oper in drei Akten, Musik von Donizetti.

Mittwoch den 11. Sept. 59te Vorstellung des dritten Abonnementes von 70 Vorstellungen. „Die Schleichhändler.“ Lustspiel in vier Akten von Dr. C. Raupach. — Zum Schluß: Tanz-Divertissement.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer herrlichen Tochter Selma mit dem Kaufmann Herrn Louis Ferdinand Kochfort aus Breslau brechen wir uns Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst anzudeuten.

Striegau, den 9. August 1850.

Necker Schmidt und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: Selma Schmidt, E. F. Kochfort.

Als Verlobte empfehlen sich: Johanna Brody und A. W. Goldschmidt, Bärlachau, Eissa.

Verbindungs-Anzeige.

Unser am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung brechen wir uns hierdurch ergebenst anzudeuten.

Breslau, den 9. September 1850.

Herrmann Neumann, Ober-Kontrolleur, Ulrike Neumann, geb. v. Wälsitz.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde meine Frau Auguste, geborene Sander, von einem munteren Mädchen rasch und glücklich entbunden.

Breslau, den 8. September 1850.

W. Jarekly.

Entbindungs-Anzeige.

Die am 7. d. Mts. Abends 10 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Caroline, geb. Gottschal, von einem kräftigen Knaben, zeige ich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an. Breslau, den 9. September 1850.

Dr. Witt.

Todes-Anzeige.

Das heute früh halb 4 Uhr erfolgte Ableben unserer guten Mutter, in Folge Altersschwäche, zeige ich mit trauerndem Herzen ergebenst an. Bruch, den 8. September 1850.

E. Migula.

Todes-Anzeige.

Deut Nachmittags 4 Uhr verschied unsere innig geliebte Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter, die verwittwete Oberamtmann Pauckert, geb. Komer, in Folge eines Nervenschlages im 61. Lebensjahre.

Dies allen theilnehmenden Verwandten und Freunden zur Nachricht, mit der Bitte um stille Theilnahme.

Oppeln, den 7. September 1850.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Den am 5. d. Mts. Abends 8 Uhr in dem ehrenvollen Alter von 80 Jahren nach längerem Leiden erfolgten sanften Hintritt ihres geliebten Gatten und Vaters, des Landraths A. D. Eubwig Freiherrn von Richtigofen, Ritters zc., zeigen mit der Bitte um stillen Beileid ererbten Verwandten und Freunden hierdurch tief beklübt an:

Johanna Frein von Richtigofen, geb. Berger, als Wittwe.

Eubwig Freiherr von Richtigofen, Landesältester auf Rosowode und Predobogel, als Wittwe.

Emil Freiherr von Richtigofen, Generalconsul für Spanien und Portugal, als Wittwe.

Pauline von Jastrzemski, geb. Frein von Richtigofen, als Wittwe.

Wojuslaw von Jastrzemski, Wittmeister und Generalconsul im ersten Ulanen-Regiment, als Schwiegersohn.

Wittlich, den 7. September 1850.

Todes-Anzeige.

Erauernden Herzens zeigen wir hiermit statt besonderer Meldung allen Bekannten und Verwandten das heut Morgen um 4 1/2 Uhr an Lungenentzündung erfolgte Ableben des vielgeliebten Gatten, Vaters und Bruders, des Kaufmann und Stadtordeordneten Eubwig Gottlieb Perex in seinem 57. Jahre, an und bitten um stille Theilnahme.

Breslau, den 9. Sept. 1850.

Die Hinterbliebenen.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Mittwoch, den 11. Septbr., Abends 7 Uhr: Berathung rücksichtlich der Ausstellung.

Landwirthschaftliches.

Die Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins zu Kostenbut, welche den 18. d. M. ansteht, wird auf den Wunsch mehrerer Mitglieder bei gegenwärtiger Saat-Periode ausgesetzt und wird der Tag für dieselbe später den vereehlichten Vereins-Mitgliedern bekannt gemacht werden.

Kostenbut, den 6. September 1850.

Der Vorstand.

Gebel, Marr, Feldler, Martin.

Widerlegung.

Es hat sich das falsche Gerücht verbreitet, daß ich mein Geschäft verkauft und meine 25jährige Firma erloschen sei, es ist dies aber bloß eine spekulative Unwahrheit; dies zur geneigten Berichtigung für meine werthen Kunden mit dem Beifügen, daß ich mich hierdurch um bestmögliche Veranlassung finde, zu bemühen, dem mir bisher geschenktem Vertrauen zu entsprechen, und werde ich mit dem zeitgemäß recht billigen Verkauf meiner sämmtlichen Fabrikate den Beweis führen.

E. F. W. Tietze, Schmiebelstraße Nr. 62.

Musikalisches.

Ein tüchtiger Musiklehrer, welcher gründlichen Unterricht im Klavierspielen, wie im Gesange, in und außer dem Hause (St. 2 gGr.) ertheilt, wird nachgehends durch die Zabothandlung Schwedingerstraße Nr. 7.

Für ein hiesiges Geschäft, welches ein nicht unbedeutendes Ein gross mit Detail verbindet, wird ein routinierter Kaufmann gesucht, der mit dem Expeditionsgeschäfte bereits vertraut ist, und in Abwesenheit des Chefs die Führung des Geschäftes übernehmen kann. Hierauf Reflektierende wollen ihre Adresse sub B. 12 unter Beifügung ihrer Qualifikations-Acte dem hiesigen königl. Post-Amte poste restante übergeben.

Eine geübte Pugmagerin in Dauben wie in Güten sucht ein Engagement als Directrice außerhalb Breslaus. Zu erfragen Goldene-Robegasse Nr. 25, 1 Etage vorhergauer.

Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Das ursprüngliche Aktien-Kapital von Einer Million Thalern garantiert den lebenslänglich Versicherten zwei Drittel des reinen Gewinns und schütze sie gegen jeden Nachschuß.

Ende August d. J. waren versichert 6749 Personen mit Sieben Millionen 884.900 Thalern und wurden 89 Personen, verchied mit 136.100 Thalern, als verstorben, angemeldet.

Die Gesellschaft hat ihre Versicherungen auch an solchen Orten, in denen epidemische Krankheiten, wie z. B. Cholera, herrschten, unverändert fortgesetzt und ist dadurch eine Stütze und ein Trost vieler Familien geworden.

Auch haben Militär-Personen, welche in Folge von Kriegs-Zulage sich gegen die Gefahr von Krieg zu versichern, Uefache hatten, mannigfaltigen Schutz genossen und sind ihnen hierbei vielfältige Erleichterungen eingeräumt worden.

Renten und Kapitalien in mannigfacher Art werden gleichfalls verschert.

Geschäfts-Programme werden in unserm Bureau, Spandauer Brücke Nr. 8, so wie bei unsern Agenten, unentgeltlich ausgegeben. Berlin, den 7. September 1850.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Breslau, den 9. September 1850.

F. Klode,

Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

